

www.kpoe-steiermark.at

Volksstimme

STEIRISCHE

Ausgabe 7, August 2010 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Zeitung der steirischen **KPO**



Wärst Du nicht reich, wär ich nicht arm

Aktiv gegen Ungerechtigkeit - Seite 3



Freundliche Fremde bevölkern die gastlichen steirischen Almen.
Die Landtagsabgeordneten der KPO wünschen einen erholsamen Urlaub!



Wir verraten Euch nie!



Claudia Klimt-Weithaler

KPO
Liste 3 **wirkt**

ZITIERT

„Geh deinen Weg und lass die Leute reden!“

Karl Marx zitiert Dante für das Vorwort des „Kapital“.

„mei hund is a epilep-tika und a epileptika bin i“

Sigi Maron, Musikant.
www.maron.at



„Sparen ist insofern eine feine Sache, als es diejenigen, die sich das leisten können, reicher macht. Wer etwas auf die hohe Kante legt, bekommt Zinsen. Warum wird so etwas immer wieder als schmerzhaft bezeichnet?“

Georg Fülberth, kommunistischer Politikwissenschaftler aus Hessen

REICHTUM FÜR ALLE STATT BELASTUNG DER Reichtum besser

Während eine Million Menschen in Österreich in Armut lebt und jeden Cent zählen muss, gibt es gleichzeitig immer mehr Millionäre im Land. Fast 69.000 Österreicher besitzen mehr als eine Million Euro. Insgesamt besitzen die Millionäre 210 Milliarden Euro. Höchste Zeit für eine Reichensteuer!

In einem Bericht der Nachrichtenagentur APA heißt es: „Die enormen Kursgewinne ab März 2009 haben die Vermögen der österreichischen Reichen und Superreichen massiv ansteigen lassen. Trotz der stärksten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten ist die Zahl der österreichischen Euro-Millionäre im vergangenen Jahr um 11 Prozent auf 68.900 Personen gewachsen. Ihr Vermögen hat sich um 13,7 Prozent auf 210 Milliarden Euro erhöht. Das geht aus dem Vermögensreport 2010 der Liechtensteiner

Investmentgesellschaft Valluga hervor.“

Nach dem Bericht wird das Vermögen der reichen Österreicher bis 2013 auf 292 Milliarden Euro wachsen. Das entspricht einer Steigerung von 8,6 Prozent pro Jahr. Valluga-Präsident Reingard J. Berger erklärte zu dieser Entwicklung: „Es ist erstaunlich, wie rasch die Reichen die Folgen der Krise abschütteln konnten.“

Dem steht gegenüber, dass die unselbstständig Erwerbstätigen und Pensionisten mit den EU-weit geplanten Belastungspaketen für die Rettung der Vermögen der Reichen neben steigender Arbeitslosigkeit und Lohndruck zusätzlich zur Kasse gebeten werden.

10 Prozent besitzen zwei Drittel des Geldes

Nach der Studie geht die Konzentration im Vermögensbereich ungebrochen weiter: In Österreich sind im Vorjahr 6.800 frischgebackene Euro-Millionäre dazugekommen.



Karl Berger, www.zeichenware.at

Die wohlhabendsten Österreicher – weniger als ein Prozent der Wohnbevölkerung – besitzen fast ein Drittel (32 Prozent) des privaten Finanzvermögens. Die 10 Prozent der reichsten Österreicher verfügen über fast zwei Drittel aller Geldrücklagen. Übrigens sind 8.700 der heimischen Millionäre in der Steiermark zu Hause.

Ein Glücksspielkönig

Als Spitzenreiter unter den Superreichen wurden in Österreich die Familie Porsche/Piech (28,6 Milliarden Euro), die Flick-Erben (5,7 Milliarden Euro), Red Bull-Miteigentümer Dietrich Mateschitz (4,1 Milliarden Euro) und Novomatic-Chef Johann F. Graf, der sogenannte Glücksspielkönig (3,7 Milliarden Euro), identifiziert. Letzterer beweist, dass die unzureichende Besteuerung der



Spekulanten zur Kasse statt Steuern für die Masse

KPO wirkt!



foto www.kpoe.at

Eine Million Menschen in Österreich ist armutsgefährdet – aber der Reichtum der Reichen wächst noch. Sie profitierten von den diversen „Banken-Rettungs-Paketen“. Die KJÖ protestierte in Graz unter dem Motto „Ba- ba- banküberfall!“

SCHWACHEN! teilen!



einarmigen Banditen (des sogenannten Kleinen Glücksspiels) ausschließlich dem privaten Vermögensaufbau dient.

Diese Datensammlung wirft ein bezeichnendes Licht auf die Zurückhaltung von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen in puncto Reichensteuer. Sie argumentieren, dass bei den „wenigen Reichen“ ohnehin „nichts zu holen sei.“ Und: Letzendlich gehören viele Abgeordnete zum Club der Reichen. Und die können sie sich die Hände reiben: Im Vergleich zu den 25 Prozent Zinsertragssteuer der kleinen Sparer brauchen sie aufgrund von Stiftungs- und Gruppenbesteuerung nur einen Bettel abzuliefern.

Claudia Klimt-Weithaler, KPÖ-Spitzenkandidatin für die Landtagswahl, betont, dass die KPÖ vehement für eine Rei-

chensteuer eintritt, um gegen die soziale Ungleichheit in Österreich wirksam vorzugehen. Vor einem Jahr hat die KPÖ die Unterschriften von tausenden Steirerinnen und Steirern für dieses Ziel gesammelt und eine Petition an den Nationalrat eingebracht.

Gerechtigkeit: KPÖ drängt auf Reichensteuer

„Statt der Bevölkerung neue Sparpakete und Einschnitte zuzumuten, müssen endlich jene zur Kasse gebeten werden, die die Krise ausgelöst haben und von ihr auf unverschämte Weise profitieren. Nicht der Sozialstaat ist zu teuer, wie die Interessenvertreter der Superreichen behaupten, sondern die Rettungspakte, die nur den Zweck erfüllen, die Vermögen der Superreichen zu sichern“, so Claudia Klimt-Weithaler.

MEINUNG

Claudia Klimt-Weithaler,
KPÖ-Klubobfrau
im Landtag



Wichtiges im Land gehört in öffentliche Hand!

Diese Forderung möchten wir von der steirischen KPÖ im Wahlkampf populär machen. Warum wir das fordern, und wie wir es umsetzen wollen, wird in dieser Ausgabe der Volksstimme an mehreren wichtigen Beispielen erklärt. Wäre beispielsweise die Energie Steiermark AG wieder völlig unter öffentlicher Kontrolle, könnte sie die Strom- und Gaspreise senken statt Dividenden auszuschütten, die in der Tasche des französischen Miteigentümers und in sinnlosen Prestigeprojekten der Landesregierung versickern. Die privaten Konkurrenten z.B. auf dem Gasmarkt wären gezwungen, diesem Beispiel zu folgen, da sie sonst vom lokalen Marktführer ESTAG verdrängt würden. Die KPÖ hat einen Gesetzesentwurf eingebracht, mit dem dies umgesetzt werden könnte.

Das Sozialbudget des Landes und die Sozialverbände der Gemeinden „krachen wie die Semmeln“. Der Grund sind auch die Kosten für die Pflege betagter Menschen in Pflegeheimen, die pro Jahr hunderte Millionen Euro verschlingt. Warum die Steiermark besonders schlecht dasteht, sind

private Heimträger, die mit Entgeltsteigerungen von durchschnittlich etwa 10 Prozent pro Jahr die öffentlichen Töpfe ausräumen, während sie gleichzeitig bei Personal und Ausstattung sparen. Die KPÖ Steiermark hat daher einen Gesetzesvorschlag vorgelegt mit dem in Zukunft nur mehr öffentliche oder kostendeckend arbeitende gemeinnützige Pflegeheime in Betrieb gehen könnten, und die Kontrollen in den bestehenden Heimen verstärkt würden. Damit hätten die Zeiten der Geschäftemacherei ein Ende, das Sozialbudget könnte sich erholen und die Qualität würde steigen.

In beiden Fällen sind die Vorschläge der KPÖ am Zaudern der SPÖ gescheitert. Bei unverbindlichen Entschließungsanträgen stimmt sie mit, wenn mit Landesgesetzen Nägel mit Köpfen gemacht werden sollen, macht sie kehrt. Nur eine starke KPÖ im Landtag kann die SPÖ in diesen Tagen zu sozialer Politik zwingen, aus eigenem Antrieb ist sie dazu nicht mehr in der Lage.

Claudia Klimt-Weithaler
0316 / 877 5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at

KLEIN, ABER MIT BISS



Die Politiker reden immer vom Sparen. Leider kann ich da nicht mittun, ich hab grad genug zum Durchkommen und mir bleibt nichts zum Sparen.

INHALT

Landtagsinitiativen der KP	4/5
Probleme mit Glücksspiel	6/7
Die Kandidatinnen und Kandidaten 26.9. 2010	8/9
Korrupte Politiker	10
Lokalberichte	11 bis 14
Anschlag auf Pensionen	15
Hartberg: Arbeitsplätze	16/17
Mindestsicherung	18
Belastungspakete / Umfrage	19
Vorschläge für die Schule	20
Bildungsverein	22
Leserbriefe, Impressum	22
Das VOLKShausFEST 2010	24



AUS DER LETZTEN LANDTAGSSITZUNG

KPÖ bringt Gesetz für

EU-Kritik im Landtag

Der Landtag diskutierte über den Stand der Europäischen Integration. Mit dabei die EU-Abgeordneten Hella Ranner (ÖVP) und Jörg Leichtfried (SPÖ). Renate Pacher (KPÖ) nutzte die Debatte, um einmal mehr auf die für die Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellten und Pensionistinnen und Pensionisten teils katastrophalen Folgen der EU hinzuweisen: „Während die Gewinne der ATX-Konzerne seit dem EU-Beitritt um 380 Prozent gestiegen sind, ist die Lohnquote von 62 auf 55 Prozent zurückgegangen. Die arbeitenden Menschen bekommen für ihre Arbeit immer weniger.“

Nun habe man 750 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, um den Euro zu retten. Pacher: „Die Gewinne werden geschützt, die Bevölkerung blutet.“ Innerhalb der EU, so Pacher, sei eine Abkehr von dieser Politik nicht möglich. Deshalb müsse die Austrittsforderung wieder auf die Tagesordnung gestellt werden.

Privater Friedhof in Konkurs?

Einzig gegen die Stimmen der KPÖ beschloss der Landtag eine Änderung des **Leichenbestattungsgesetzes**. Auf Druck der EU können nun auch private Bestattungsunternehmen Friedhöfe betreiben. Bisher war das der öffentlichen Hand und Kirchen vorbehalten. Ernest Kaltenecker (KPÖ): „Der Friedhofsbereich sollte nicht in private Hände kommen. Was passiert mit einem Friedhof, wenn der private Betreiber Konkurs macht?“

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

KPÖ – Claudia Klimt-Weithaler,
Landhaus, Herrengasse 16, 8010 Graz,
Fax 0316/877 5108 oder
E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at

Die KPÖ setzt sich seit Jahren dafür ein, dass die ESTAG für Haushalte billigeren Strom anbietet. Sie hat dazu im Landtag mehrere dringliche Anfragen eingebracht. Es wurden Beschlüsse gefasst, die Strompreiserhöhungen zurückzunehmen.

Landeshauptmann Voves Lignoriert als Eigentümervertreter der Energie Steiermark AG (ESTAG) die Beschlüsse des Landtags zur Strompreissenkung und redet sich auf das Aktienrecht aus. Die KPÖ hat deshalb im Landtag ein Gesetz eingebracht, um die Struktur der ESTAG so zu ändern, dass der Landtag wieder Herr im eigenen Unternehmen wird.

Werner Murgg (KPÖ): „Unser Vorschlag hat zwei Ziele: Die Verwaltung und Kontrolle des Landesanteils an der ESTAG wird direkt dem Landtag unterstellt. Die ESTAG wird verpflichtet, für steirische Haushaltskunden einen billigen Steiermark-Tarif anzubieten.“ Der Steiermark-Tarif solle ein Non-Profit-Tarif sein. Die KPÖ-Initiative wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP abgelehnt. Die Grünen unterstützten den Antrag.

Erhalt der Landesspitäler

In der Landtagssitzung im Juni stand der Landesrechnungshofbericht zum Neubau des Diakonissenkrankenhauses Schladming auf der Tagesordnung. Das Krankenhaus wurde als Private-Public-Partnership-Modell (PPP-Modell) unter Beteiligung Privater errichtet. Die ÖVP stößt sich an der Art des PPP-Modells, das dem größten Gesellschafter, der Vamed,

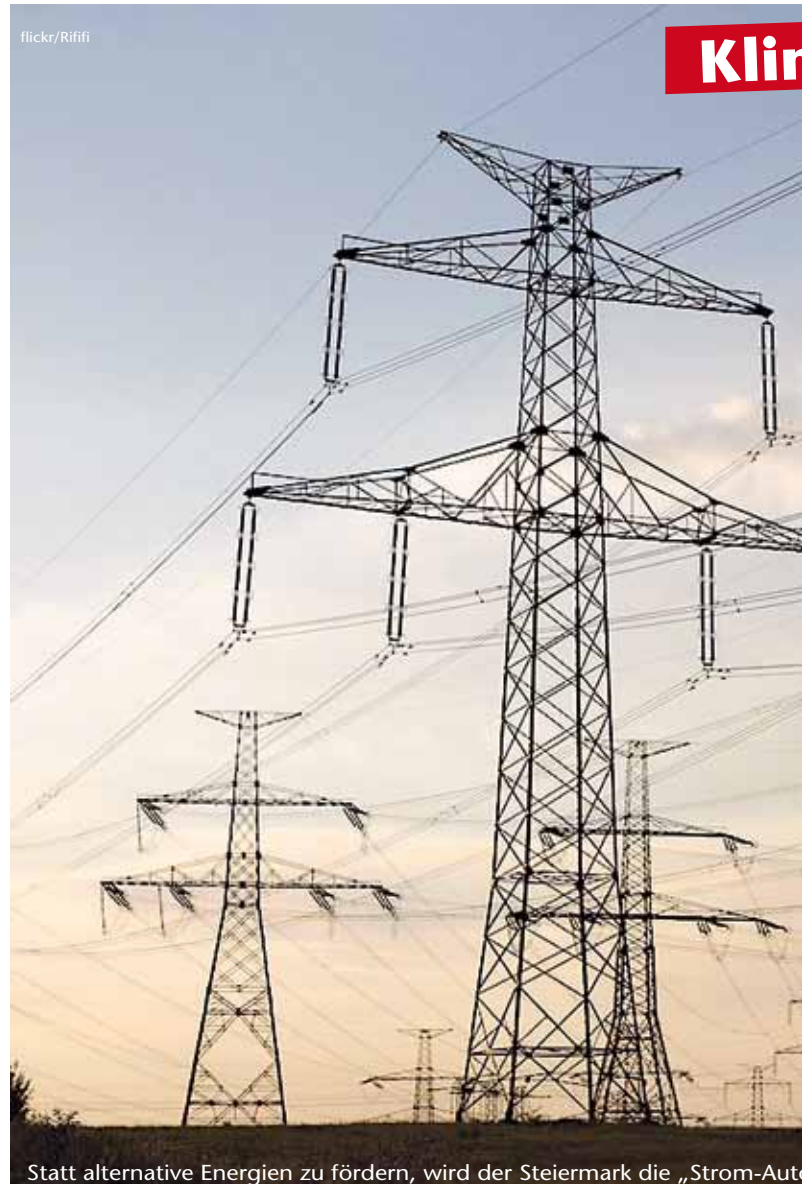
Extraprofiten garantiert hätte. Werner Murgg (KPÖ) erinnerte daran, dass die KPÖ bereits vor Jahren im Landtag eine Enquete über die Sinnhaftigkeit von PPP-Modellen gefordert habe, was von SPÖ und ÖVP abgelehnt worden sei. Murgg: „Heute kommen auch ÖVP und SPÖ drauf, dass PPP-Modelle nicht das Gelbe vom Ei sind.“

Weil unlängst aus Kreisen der Bundes-SPÖ die Forderung erhoben wurde, kleinere Spitäler zu schließen, forderte Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ)

ein klares Bekenntnis des steirischen Landtages zum Erhalt aller Landesspitäler und brachte einen dahingehenden Antrag ein. Dieser wurde einstimmig verabschiedet.

Endlich gibt es Geld für die Pflegeeltern

In der Steiermark gibt es über 450 Pflegeplätze bei Pflegeeltern. Diese waren bisher weder sozialversicherungsrechtlich abgesichert noch wurden sie gerecht bezahlt. Auf Druck der KPÖ hat der Landtag



Statt alternative Energien zu fördern, wird der Steiermark die „Strom-Auto“

billigeren Strom ein

hier eine erfreuliche Änderung beschlossen.

Pflegeeltern werden nun bei einem Träger der freien Jugendwohlfahrt angestellt und entlohnt. Pflegemütter bekommen 412,09 Euro monatlich brutto (ein Kind), bei zwei Kindern 578,45 und bei drei Kindern 744,81 Euro. Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ): „Die sozialrechtliche Absicherung ist ein Meilenstein. Es freut mich, dass unser stetiger Druck endlich Erfolg gebracht hat.“ Der Beschluss wurde einstimmig

gefasst. Der Rechnungshof hat stets wiederholt, dass es besser sei, Pflegeeltern ordentlich zu bezahlen als Heimplätze zu finanzieren; nicht zuletzt für die Kinder.

KPÖ gegen Klimasteuern

Auch gegen die Umsetzung einer EU-Richtlinie betreffend Energieeffizienz stimmte nur die KPÖ. Diese Richtlinie schreibt Energieeinsparungen vor, allein das Bundesheer ist vom Energiesparen ausgenommen. Außerdem befürwortet

die Richtlinie auch Klimasteuern.

KPÖ-LAbg. Renate Pacher (Bild): „Wir sind für eine effektive Besteuerung von Gewinn und Vermögen und nicht für Klimasteuern, die die breite Masse der Bevölkerung treffen. Die Energiekosten sind jetzt schon hoch genug!“ Pacher weiter: „Im Klimaschutzplan wird eine Klima schonende Freizeitgestaltung angepriesen. Gleichzeitig fördert die Steiermark den Klimakiller Airpower in Zeltweg.“



Klimaschutz statt Airpower

Die KPÖ stellte den Antrag, die Airpower 2011 abzusaufen und die dafür vorgesehenen finanziellen Mittel des Landes den Gemeinden des Aichfeldes zur Finanzierung von Klimaschutzprojekten zur Verfügung zu stellen. Pacher an SPÖ und ÖVP: „Wenn sie unseren Antrag ablehnen, ist ihr Bekenntnis zum Klimaschutz eine Farce.“ Der Antrag wurde dennoch mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

FORDERUNGEN ZUR PFLEGE

Die KPÖ hat ihre Forderungen zur Altenpflege und Pflegenotstand in einer Broschüre zusammengefasst, die nun verbessert und neu aufgelegt wurde. Sie ist kostenlos beim KPÖ-Landtagsklub, Tel. (0316) 877-5102 oder per E-Mail an georg.fuchs@stmk.gv.at erhältlich.



KOMMENTAR

Von Werner Murgg, KPÖ-Landtagsabgeordneter

Trauerspiel der SPÖ

Auf Antrag der KPÖ hat sich der Landtag zu einer Richtungsänderung beim Betrieb von Pflegeheimen bekannt. Nur mehr gemeinnützige und öffentliche Träger sollen vom Land bezuschusste Pflegeheime betreiben dürfen. Damit soll den explodierenden Kosten ein Riegel vorgeschoben werden. Es geht auf Dauer nicht, dass private Geschäftemacher mit ihren Pflegeheimen schöne Gewinne einfahren und renditeträchtige Pflegefonds aufgelegt werden, während die öffentlichen Zuschüsse zu den Heimkosten explodieren.

Es ist erfreulich, dass der Landtag mit deutlicher Mehrheit unserem Antrag stattgegeben hat. Auch SPÖ und Grüne haben erkannt, dass Geschäftemacherei in der Pflege alter Menschen nichts verloren hat. Leider ist auch dieser Antrag von der Landesregierung nicht einmal ignoriert worden. In der letzten Landtagssitzung haben wir einen Gang zugelegt und einen Gesetzesvorschlag eingebracht, das Sozialhilfe- und Pflegeheimgesetz so zu ändern, dass dem Wunsch des Landtages entsprochen wird.

Wie nicht anders zu erwarten, hat die SPÖ zusammen mit der ÖVP, diese Gesetzesänderung abgelehnt. Statt zu den auch mit ihren Stimmen im Landtag gefassten Beschlüssen zu stehen, stimmte die SPÖ gegen unsere Gesetzesinitiative. Ein Bären dienst an der Glaubwürdigkeit des Landesparlamentes!

Werner Murgg

LAbg. der KPÖ und Stadtrat in Leoben

**Klimaschutz statt Airpower!
Pflegeeltern-Geld
Landespitäler
Altenpflege**



obahn“ aufgezwungen.



KOMMENTAR

Von Peter Scherz,
Arbeiterkammer-
rat des GLB

Radikales Weltbild

Wir müssen in Österreich mutig sein und über radikal Neues nachdenken“, sagte Magna-Chef Siegfried Wolf vor einigen Monaten in einem Interview im Wirtschaftsmagazin „trend“ auf die Frage, wie die Gesellschaft künftig mit schlechter Gebildeten und schwer Vermittelbaren umgehen sollte.

Natürlich: aus der Sicht der Manager ist die Welt ganz einfach: All diejenigen, die ungebildet und schwer vermittelbar sind (wer das ist, bestimmt ohnehin die Wirtschaft), übergeben wir der öffentlichen Hand. Um die soll sich die Gesellschaft, der Staat kümmern. Denn Manager sind scheinbar ja nur für Gewinne zuständig. Die Gesellschaft geht sie nichts an.

Interessant ist nur: Wenn es trotz kapitalistischen Denkens nicht so läuft, wie man sich das vorstellt, muss für die Wirtschafts- und Finanzwelt der Staat geradestehen und die Haftungen übernehmen.

Die Finanzwelt, die Konzernherrschaft und ihre Manager leben nach wie vor gut und verdienen gut. Wir aber sollen dieses „Weltbild“ ungeschaut akzeptieren und uns nichts dabei denken? Abgesehen davon: Wären alle hochgebildet, studierte Manager oder Diplomingenieure: Wer macht die tägliche Arbeit an der Fertigungslinie, wer räumt auf, wer verkauft die Produkte?
fragt Ihr Peter Scherz

Das neue Glücksspielgesetz schützt Spieler schlechter denn je. Nun kann ein Jahresgehalt in einer Stunde verspielt werden. SPÖ und ÖVP verhindern Maßnahmen gegen Automatenflut.

Eigentlich klingt alles perfekt. Man füttert den Spielautomaten mit dem Maximaleinsatz von 10 Euro und bekommt binnen Sekunden den Höchstgewinn von 10.000 Euro ausgeworfen. Das neue Glücksspielgesetz macht das möglich. Die Realität ist freilich eine andere. Der Maximaleinsatz von 10 Euro wird wohl ausgeschöpft werden, der Maximalgewinn aber fast nie. In einer Minute können 600 Euro verspielt sein, in einer Stunde locker ein Jahresgehalt.

Damit ist das neue Glücksspielgesetz, das unlängst vom Parlament durchgewunken wurde, ein Erfüllungsinstrument der Automatenher- und Aufsteller. Es zahlte sich für den heimischen Automatenkonzern Novomatik anscheinend aus, prominente (Ex-) Politiker wie Gusenbauer als „Berater“ und Lobbyisten auf die Gehaltsliste zu setzen oder sich großzügig zu geben und etwa dem der SPÖ nahe stehenden Samariterbund ein Rettungsauto zu schenken.

Im Stich gelassen

Für den KPÖ-Landtagsabgeordneten Ernest Kaltenecker ist Glücksspielgesetznovelle ein Skandal: „SPÖ und ÖVP haben die Spielsüchtigen im Stich gelassen. Wir alle müssen die Folgekosten der Spielsucht

80.000

In der Steiermark sind laut Suchtbericht des Landes bis zu 80.000 Menschen direkt oder indirekt (Angehörige) von den Folgen der Spielsucht betroffen.

GLÜCKSSPIEL: SPÖ UND ÖVP Lizenz zum



von der Therapie bis zur Beschaffungskriminalität tragen.“ Allein für heuer hält das Land 2,13 Mio Euro zur Behandlung von Spielsucht bereit; dazu kommen noch Beiträge der Krankenkassen.

Tatsächlich haben Kritiker gravierende Mängel der Gesetzesvorlage aufgezeigt und darauf hingewiesen, dass sich durch die viel höheren Einsätze und die größere Zahl an Spielautomaten die schon jetzt gewaltigen Probleme in Sachen Spielsucht noch drastisch verschärfen werden.

Tausende Automaten

Denn 4.874 Spielautomaten gibt es derzeit in der Steiermark, der einsame Spitzenwert in Österreich. Bald kommen durch die Novelle des Glücks-

spielgesetzes 1000 neue Spielautomaten dazu. Außerdem darf eine unbegrenzte Anzahl an „Video Lottery Terminals“ betrieben werden – mit einem schmucken Namen getarnte Abzockmaschinen mit hohem Sucht- und Verlustpotenzial. Durch eine Sonderregelung für die Steiermark dürfen die alten Automaten noch bis Ende 2015 (!) im Einsatz sein, so das Ergebnis einer dringlichen KPÖ-Anfrage im Juli-Landtag.

KPÖ gegen Glücksspielbranche

Schon 2006 organisierte die steirische KPÖ eine Aufklärungskampagne gegen die Automatenflut und die Geschäftemacherei mit Spielsüchtigen. 11.000 Unterschriften wurden dem Landeshauptmann

LASSEN SPIELSÜCHTIGE IM STICH

Abkassieren



cc flickr/Hazboy

Novomatic und Co dürfen sich freuen. Der Nationalrat hat ein Glücksspielgesetz beschlossen, das den Euro für die Branche rollen lässt. Spielsüchtige und deren Familien bleiben übrig. Wunder ist der grausliche Beschluss keines, denn Novomatic zeigte sich sehr großzügig gegenüber SPÖ und ÖVP und deren Sub-Organisationen. Zudem arbeitet dort Ex-Innenminister Schlögl (SPÖ). Und EU-Kommissar Hahn (ÖVP) war dort Spitzenmanager.

übergeben. Die SPÖ versprach Verbesserungen zuzustimmen. Die wichtigsten Forderungen sind: Einhaltung des Höchsteinsatzes von 50 Cent, ausreichende Mindestspieldauer, Erhöhung der Abgabe auf Automaten zumindest auf Wiener Niveau.

SPÖ und ÖVP profitieren vom Glücksspiel

Das Land konnte sich zu keiner Verbesserung durchringen. Kein Wunder, lassen die Glücksspielkonzerne den Großparteien doch Zuwendungen etwa in Form von Inseraten zukommen. Wichtige Funktionäre haben enge Kontakte zur Novomatic, deren Chef Johann Graf mit einem Vermögen von 4 Milliarden Euro einer der reichsten Österreicher ist.

Ein Erfolg für die KPÖ war, dass wenigstens die Abgaben auf die noch bis 2015 bewilligten Automaten erhöht wurden. Aber dann werden alle Verschlechterungen durchschlagen. Deshalb stellte die KPÖ den Antrag, keine Konzessionen für Spielautomaten zu erteilen und ein Werbeverbot zu erlassen. SPÖ und ÖVP lehnten beide Anträge ab.

Für Totalverbot in der Steiermark

Wenn eine Regulierung des Kleinen Glücksspiels unmöglich gemacht wird, bleibt nur ein Ausweg: Das Totalverbot des Kleinen Glücksspiels in der Steiermark, wie in Oberösterreich, Salzburg, Burgenland, Tirol und Vorarlberg. Dafür wird sich die KPÖ einsetzen!

3,7 MIO EURO Partei-Stiftungen

Die Landesamtsdirektion durchleuchtete Förderungen, die an Unternehmen oder Stiftungen gingen, an denen eine Partei beteiligt ist.

Werner Murgg (KPÖ-Landtagsabgeordneter): „Die SPÖ-Stiftung hat vom Land gewaltig profitiert.“



Die SPÖ hat seit 2005 „ihren“ Unternehmen fast 3,7 Mio. Euro zukommen lassen. Das zeigte ein Bericht der Landesamtsdirektion, die bei allen im Landtag vertretenen Parteien nachforschte.

Spitzenreiter mit einem Zuschuss von fast 1,4 Mio Euro war die EPO-Filmproduktions-gmbH.; das Geld gab es für die Produktion des Films „Geliebter Johann, geliebte Anna“. Die Filmfirma gehört zu 49 Prozent dem Filmemacher Dieter Pochlatko, der Rest ist im Eigentum „Media Süd-Ost Beratungs- und Beteiligungs-gmbH. Nfg. & Co KG“. Dort ist

die Leykam Medien AG beteiligt. Und die wiederum gehört zu 76,9 Prozent der „Zukunft Steiermark Privatstiftung“ – die Parteistiftung der SPÖ.

Überhaupt wurde die SPÖ-nahe Leykam Medien AG gut mit öffentlichem Geld versorgt. 870.000 Euro gingen direkt an das Unternehmen, „insbesondere für den Ankauf von Büchern, Fachliteratur sowie Zeitungsabonnements für das Amt der Steiermärkischen Landesregierung, die Bezirksbehörden und den Unabhängigen Verwaltungssenat“.

Notruf 0316/877 5102

Helfen statt reden. **KPÖ** wirkt!
Mit Rat und Tat!

Wir beraten Sie gerne.
Tel. Anmeldung erbeten. Graz, Landhaus

Volksrechtgesetz: Mehr direkte Demokratie für Steirer

Das „Steiermärkische Volksrechtgesetz“ ermöglicht es engagierten Bürgerinnen und Bürgern Volksbegehren auf Gemeinde- und Landesebene durchzuführen. Allerdings wurde es in Jahr 2005 dahingehend verschärft, dass jede unterstützende Unterschrift im Gemeindeamt bestätigt werden musste. Damit wurde die Nutzung der direkten Demo-

kratie wie Volksabstimmung oder Volksbefragung faktisch abgewürgt. Diese Regelung wurde nun zurückgenommen. KPÖ-LAbg. Ernest Kaltenecker: „Durch die Rücknahme der verunglückten Bestimmungen lässt der Landtag endlich wieder mehr Mitbestimmung in zu. Für diese Verbesserung haben wir seit unserem Einzug in den Landtag gekämpft.“

Landtagswahl 26. September: Liste 3

Mit großem persönlichem Einsatz schaffte Ernest Kaltenegger 2005 den Wiedereinzug der KPÖ in den Landtag. Nun soll die nächste Generation für eine Politik sorgen, die für die Menschen in der Steiermark hilfreich ist. Wir stellen vor:



KANDIDAT CHRISTIAN PROMITZER, GRAZ
„Linke Alternative“

Der promovierte Historiker Christian Promitzer (Jg. 1962) lehrt am Institut für Geschichte an der Universität Graz. Bei der Landtagswahl am 26. September kandidiert er für die KPÖ.

Können Sie in wenigen Sätzen ihren politischen Werdegang beschreiben?

Promitzer: Ich bin schon in den 1980er Jahren einer kleinen Organisation, der Gruppe Revolutionäre Marxisten, später bekannt unter dem Namen Sozialistische Alternative, beigetreten. Auf der Suche nach einer marxistischen Orientierung, die radikal sein, aber auch Kritik am real existierenden Sozialismus üben sollte. Später ist diese Organisation in Graz quasi geschlossen den Grünen beigetreten – und ich mit ihnen. Die politischen Ziele der Grünen wurden dann aber im Laufe der Zeit zunehmend verwässert. Ich habe mich aus dem politischen Leben zurückgezogen, bin aber im Gefolge der Invasion des Irak erneut politisiert worden.

Warum kandidieren Sie jetzt für die KPÖ?

Promitzer: Ich sehe sehr schlechte Zeiten auf uns zukommen – und der Widerstand gegen den Abbau der Reste des Sozialstaates muss auf mehreren Ebenen ausgetragen werden: Auf der Straße, im Betrieb, auf der Uni, in der Öffentlichkeit – aber auch in den politischen Vertretungs-

körperschaften. Da geht es jetzt schlicht darum, die Präsenz der einzigen linken Partei in einem österreichischen Landtag zu erhalten und fortzuführen. Das sehe ich ganz pragmatisch.

Was wollen Sie an der Politik der steirischen KPÖ verbessern?

Promitzer: Eine kleine Gefahr besteht darin, dass neben der mühsamen Kleinarbeit die großen Fragen vergessen werden könnten. Was ich mir von der KPÖ wünsche, das wäre auch ein stärkeres Zugehen auf Migrant/inn/en.



Christian Promitzer

Viele aus der von Ihnen angesprochenen Organisation – der Grüne Peter Pilz etwa oder der Journalist Raimund Löw – haben es sich indes im System ganz gut eingerichtet. Was treibt Sie an, weiterzukämpfen?

Promitzer: Der Neoliberalismus lädt natürlich dazu ein, ein gutes Leben für sich selbst zu suchen. Mich hat immer die Suche nach einer Alternative getrieben, nach einem anderen System. Das verbindet mich auch mit der steirischen KPÖ.

IM GESPRÄCH: KPÖ-SPITZENKANDIDATIN
„Wichtiges im Land geh

Am 26. September wird ein neuer Landtag gewählt. Klubchefin Claudia Klimt-Weithaler zieht Bilanz über fünf erfolgreiche Jahre der KPÖ im Landtag.

Ließ sich mit der „linken“ KPÖ-SPÖ-Mehrheit etwas erreichen?

Klimt-Weithaler: Fortschritte waren die Ausnahme. Zu sehr waren SPÖ und ÖVP aneinander gekettet, was dem Land nicht gut getan hat. Zum Beispiel blieb der Proporz bestehen, weil zuletzt die ÖVP eine Abschaffung nicht wollte. Es fehlt die Verfassungsreform, um die Opposition mit besseren Kontrollrechten auszustatten. Es gibt keine Strategie gegen den leeren Wohnbautopf und die leeren Kassen des Landes. Und bei der Sanierung der hoch

verschuldeten Gebietskrankenkasse ist man weiter untätig, dabei ließe sich durch das Abschaffen der Höchstbeitragsgrundlage leicht Geld machen.

Der Landeshauptmann wirbt mit „großartigen“ Erfolgen. Was hat die KPÖ vorzuweisen?

Klimt-Weithaler: Wir waren erfolgreich bei unseren Schwerpunkten, die wir als kleine Partei setzen mussten. Das sind Sozialpolitik, Bildung, Energie, Pflege und das Glücksspiel/die Spielsucht. Wichtige Projekte wie die Abschaffung des Regresses (Rückzahlungspflicht) bei der Sozialhilfe hätte es ohne uns nicht gegeben, ebenso den Erhalt der Kliniken in Bad Aussee und Mürzzuschlag oder den Gratis-Kindergarten. Traurig ist dann nur, wenn man von der zuständigen SPÖ-Landesrätin hört, dass Familien mit mehr als 2000 Euro im Monat wieder



CLAUDIA KLIMT-WEITHALER „Ört in öffentliche Hand“

einen Kindergartenbeitrag zahlen sollen.

Gibt es etwas, das speziell der KPÖ zuzuschreiben ist?

Klimt-Weithaler: Dass die Entscheidungsfrist bei der Sozialhilfe gekürzt wurde, beruht ebenso auf unserer Initiative (die Wartezeit betrug vorher bis zu sechs Monate, jetzt sind es drei Monate) wie die finanzielle Absicherung der Pflegeeltern. Die leisteten bisher eine enorm wichtige Arbeit ganz ohne soziale Absicherung.

Leider muss man die gesamte Regierungsperiode als eine der vergebenen Chancen betrachten. Die SPÖ hat sich viel zu selten getraut. Gerade bei der Mindestsicherung oder beim Pflegegesetz (Förderungen soll es nur mehr für öffentliche Pflegeheime geben, um der Geschäftemacherei mit der Altenpflege einen Riegel vor-

zuschieben) hat die SPÖ lieber mit der ÖVP gepackelt, als etwas fürs Land und die Menschen zu verbessern.

Wie schaut's mit der ÖVP aus?

Klimt-Weithaler: Auch dort war viel Mutlosigkeit zu sehen. Jahrelang war die ÖVP mit uns einer Meinung, den Landeshauptmann bei der Energiepolitik (Preise für Strom, Gas, Fernwärme) in die Pflicht zu nehmen. Sogar bei unserem Antrag zum Rückkauf der ES-TAG-Anteile von der EdF war die ÖVP dabei. Als es darum ging, das Gesetz entsprechend zu ändern, zog die ÖVP zurück. Dazu kommen Landtagsbeschlüsse, die nicht umgesetzt wurden. Verkehrslandesrätin Edlinger-Ploder (ÖVP) etwa hat bis heute nicht die Landestankstellen für alle geöffnet, um günstigere Treibstoffe anbieten zu können.

Warum soll die KPÖ im Landtag bleiben?

Klimt-Weithaler: Wie in Brüssel stellt auch in Wien und Graz eine mächtige Wirtschaftslobby die Weichen. Wir sind denen nicht hörig und eine Vertretung für alle, die keine Lobby hinter sich haben. Wir sind das soziale Gewissen im Land und eine verlässliche Kraft, die immer gegen Ungerechtigkeiten auftreten wird und ihre WählerInnen nicht im Stich lässt oder verrät. Mit unserem Sozialfonds sind wir die einzigen, die Menschen in Not unmittelbar helfen

KPÖ-PolitikerInnen behalten von ihrem Gehalt nur den Teil zum Leben, den eine durchschnittlichen Vollzeitbeschäftigung einbringen würde, der Großteil wird an den KPÖ-Sozialfonds abgeliefert. So wurde seit 1998 mehr als eine Mio. Euro an Menschen in Not weitergegeben.



Es gibt zuviel Ungerechtigkeit, meint KPÖ-Kandidat Johannes Vogl, im Bild mit seinen Kindern.

KANDIDAT JOHANNES VOGL

„Es gibt zu viel Ungerechtigkeit“

Johannes Vogl (40) ist Quereinsteiger in die Politik. Er tritt für die KPÖ an, weil er zu viele Ungerechtigkeiten ortet und nur der KPÖ zutraut, sich für die Menschen einzusetzen.

zuviel gestritten wird und weil man zu wenig Volksnähe zeigt. „Jeder, der ein politisches Amt in einer Großpartei innehat, möchte in irgendeiner Form abkassieren“, meint der Wahl-Rottenmanner. Johannes Vogl kommt aus Graz, hat vor 14 Jahren beim Rottenmanner Kirtag seine Frau kennen gelernt und ist dort geblieben.

Johannes Vogl hat alles, was einen zufriedenen Menschen ausmacht: Familie, ein Zuhause, einen guten Job. Trotzdem zieht es den zweifachen Vater in die Politik. Er kandidiert für die KPÖ bei der Landtagswahl am 26. September. Warum?

„In meiner Umgebung habe ich mit vielen gesprochen, die nur in Ruhe leben wollen, obwohl ihnen vieles nicht passt“, erzählt Johannes Vogl, „vor allem viele Ungerechtigkeiten“. Genau deshalb fühlt er sich politisch bei der KPÖ zu Hause, die als einzige Partei gegen Ungerechtigkeiten vorgeht und nicht den Blick für die Menschen verloren hat.

„Ich bin unzufrieden mit der politischen Lage“, erzählt der gelernte Koch, der eine Umschulung zum technischen Zeichner machte und dann an der Abendschule den Ingenieur in Maschinenbau dranhängte. Eine „rote Partei“ sei das einzig nahe liegende. Die SPÖ sei keine Alternative, weil dort

Bei der KPÖ ist es besser. „Da zählen die Menschen“, sagt er, „und man tritt gegen die Ungerechtigkeiten auf“. Besonders stößt er sich an der ungerechten Verteilung, daran, dass viele Dinge nicht für alle verfügbar und leistbar sind. Und am Verkauf öffentlichen Eigentums, an dem sich einzelne bereichern haben. Wie Salzbaron Hannes Androsch; der Ex-SPÖ-Finanzminister hat sich die Salinen unter den Nagel gerissen und profitiert nun daran anstatt des Staates. „Fast nichts mehr gehört der Allgemeinheit. Das darf nicht sein!“, so der KPÖ-Kandidat.



Auf der Liste 3 der KPÖ:
von links nach rechts:

bi Leitenbauer, Vizebürgermeisterin Trofaia
Landtagsabgeordnete Renate Pacher
Landtagsabgeordneter Werner Murgg
Obfrau des Landtagsklubs und
Spitzenkandidatin
Claudia Klimt-Weithaler



EU AM KRIEGSPFAD Schlachtgruppe

Die EU will überall militärisch eingreifen können, sei es außen- oder innenpolitisch.

Diesem Zweck dienen die „Schlachtgruppen“ (Battle Groups). Auch Österreich soll sich beteiligen. Die ersten Soldaten werden schon ausgebildet, etwa in der Kaserne Straß (Bezirk Leibnitz).

120 Straßer Jäger, 60 Offiziere und Unteroffiziere sowie 16 Pandur-Radpanzer sollen Bestandteil einer niederländisch geführten Kampfgruppe werden. „Kommt der Marschbefehl der EU, sind die Truppen binnen zehn Tagen im Einsatzraum. Der kann (fast) überall auf der Welt sein, sofern er im „europäischen Interessenbereich“ liegt. Kampfgruppen sind nur die Speerspitze, dann müssen Folgekräfte nachkommen“, erläutert Bataillonskommandant Ulfried Khom das Prinzip der EU-Truppe. Dass es dabei zu Kampfhandlungen kommen kann, verhehlt er nicht.

Das alles ist mit der Neutralität unvereinbar. Deshalb ist die KPÖ gegen die Teilnahme an den Schlachtgruppen der EU. Aber auch der ÖGB betrachtet die Teilnahme an EU-Schlachtgruppen als Ausdruck einer neutralitätswidrigen und militarisierten Außenpolitik und lehnt eine Teilnahme Österreichs ab.



Laut gegen rechts
Der österreichische antifaschistische Sampler auf CD. Mit Beiträgen von Texta, Attwenger, Toco-tronic u.v.a. **ROTWILD** kostenlos anfordern www.kjoe.at
rotwild.st

MILLIONEN FÜR PARTEIFREUNDE Selbstbedienungsladen Politik

Walter Meischberger war FPÖ-Klubchef im Parlament, mit Karlheinz Grasser Mitglied in Jörg Haider's Buberlpartei kassierte dank seiner FPÖ-Kontakte Millionen. Auf Steuern hat er vergessen.

Gern zeigen sich FPÖ und BZÖ als Saubermänner. Wenn man genauer hinschaut, ist freilich alles anders. Da zeigt sich, dass man sich voll einsetzt – für die eigene Geldtasche. Zuletzt im Gerede war der Ex-FPÖ-Zampano Walter Meischberger, der Millionen vorbei am Finanzamt eingesackt hat. Gegen ihn wird ermittelt.

Bar aufs Handlerl

Meischberger wurde unter Jörg Haider groß; wie Ex-ÖVP-Finanzminister Karlheinz Grasser, mit dem er später noch gute Geschäfte machen sollte. 1999 musste er als FPÖ-Klubchef im Parlament zurücktreten, weil er Peter Stöger an den FC Tirol vermittelt hatte; für drei Mio Schilling „bar aufs Handlerl“ und vorbei an der Steuer. Das Geschäft flog auf, Meischberger wurde verurteilt. Seinen Abschied von der Politik ließ er sich mit einem 2,5 Mio Schilling schweren Sparbuch versüßen. Nichts dabei findet sein Weggefährte Peter Westenthaler (BZÖ): „Wenn einer die Politik verlässt und jemanden findet, der ihn bezahlt, kann man ihm daraus keinen Vorwurf machen.“

FPÖ/BZÖ-Seilschaften

Meischbergers Seilschaften hielten weiter. Der Haider-Freund und Immobilienmakler Ernst Plech öffnete ihm die Tür zu Karlheinz Grasser (KHG). Zusammen mit dem PR-Mann Peter Hohegger polierte er um



Der Ruhm vergangener Zeiten: Karlheinz Grasser im Kreise anderer Altpolitiker am ehemaligen A1-Ring. Eine steirische Sportstätte, die durch die Art des Geldausgebens dieser Leute vergeigt wurde.

viele Mio Euro das Image von Karlheinz Grasser. Und zusammen mit Hohegger machte er auch den „Deal seines Lebens“. Er beriet die Immofinanz beim Verkauf der Bundeswohnungen unter KHG. Die Immofinanz bekam den Zuschlag mit einem minimal besseren Gebot als die CA Immo. Meischberger und Hohegger kassierten 10 Mio Euro, die an eine zyprische Briefkastenfirma gingen; wieder am Finanzamt vorbei.

Geschäftemachereien

Derlei Vorgehen hat in der FPÖ System. Wie etwa bei Gernot Rumpold, in den 1990ern Bundesgeschäftsführer der FPÖ, der dann ins BZÖ-Lager wechselte. Zusammen mit seiner Frau warb er für den Eurofighter. 6,6 Mio Euro war sein Auftrag schwer, für eine Pressekonferenz verrechnete man 100.000 Euro; normalerweise kostet das 300 Euro.

Zuletzt waren die Kärntner Scheuch-Brüder (FPK) im Gerede, weil man Staatsbürgerschaften gegen eine „Spende“ an die Partei verscherbelte.

ABKASSIERER

FPÖ und BZÖ geben gerne vor, sich um die „kleinen Leute“ zu kümmern. In Wirklichkeit schauen, sie, dass unser (Steuer)geld in die Taschen ihrer Leute fließt:

Der neu erfundene Kärntner FPÖ-Klub im Nationalrat kassiert 1,4 Mio Euro im Jahr.

BZÖ-Steiermark-Chef Gerald Grosz verdient als Mehrfach-Funktionär in Summe über 10.000 Euro im Monat. Damit liegt er weit über der Einkommensgrenze von 4.360 Euro, die einst von Jörg Haider ausgerufen wurde.

In Kärnten erhöhte sich das BZÖ (jetzt FPK) nach der Wahl 2009 die Parteiförderung um 40 Prozent (von 17 auf 25,2 Mio Euro pro Jahr).

Hinter FPÖ, FPK und BZÖ stehen finanzkräftige Magnaten wie der papierindustrielle Thomas Prinzhorn, der Bankmanager Matthäus Thun-Hohenstein, Ex-Billa-Chef Veit Schalle oder Harald Fischl mit seinem Seniorenheim-Imperium.

GENERALSTREIK GEGEN SOZIALABBAU

Widerstand ist möglich



Anna Grigoriadou vertritt die Kommunistische Partei Griechenlands (Kommunistikó Kómma Elládas, KKE) in Mitteleuropa. Anlässlich eines offiziellen Besuchs bei der steirischen KPÖ sprach sie mit der Steirischen Volksstimme über den jüngsten Generalstreik in Griechenland.

Unlängst gab es in Griechenland den zehnten Generalstreik seit Dezember letzten Jahres. Können Sie uns etwas über die Beteiligung sagen?

Anna Grigoriadou: Die Demonstrationen waren diesmal etwas kleiner, aber die Beteiligung in den Betrieben war abermals sehr hoch. Im privaten Sektor sind mehr als 80 Prozent dem Streikaufruf gefolgt, im öffentlichen Dienst waren es sogar 96 Prozent. Die hohe Beteiligung ist auch ein Resultat der konsequenten Arbeit unserer Genossen im kommunistischen Gewerkschaftsverband

PAME. Sie haben schon Tage vor dem Streik in jeder Fabrik, auf jedem Markt, überall dort, wo sich Arbeiterinnen und Arbeiter treffen, für die Teilnahme am Streik geworben.

Wogegen richten sich die Streiks konkret?

Anna Grigoriadou: Wir wenden uns gegen einen ganzen Maßnahmenkatalog. Da geht es um die Anhebung des Pensionsantrittsalters für Frauen und Männer auf 67 Jahre. Das würde bedeuten, dass nach dem Willen der Regierung und der EU Männer um zwei Jahre und Frauen gar um sieben Jahre länger arbeiten müssten. Darüber hinaus plant die Regierung die Privatisierung wesentlicher Teile des Gesundheitssystems und die Streichung des 13. und 14. Gehalts.

Welche Rolle spielt die EU bei diesem beispiellosen Sozialabbau?

Anna Grigoriadou: Die EU ist ein Apparat, der den Arbeiterinnen und Arbeitern immer mehr abverlangt, um die Interessen des Kapitals zu bedienen. Deshalb stützt sie den Sozialab-

bau und fordert ihn sogar ein. Das lässt sich im Übrigen nicht auf Griechenland beschränken. Was heute in meinem Heimatland passiert, kann morgen in Deutschland, Belgien oder auch Österreich eintreten.

Die griechische Regierung gibt vor, dass es an einer Alternative zu diesem Sozialabbaupaket fehle. Welche Alternativen sehen Sie?

Anna Grigoriadou: Wer sagt, es gäbe keine Alternative, lügt. Unsere Regierung lügt unser Volk an und ihre tut es auch. Denn es gibt natürlich eine Alternative. Die Arbeiterinnen und Arbeiter in Griechenland genauso, wie in jedem anderen Land auch, müssen sich erheben. Sie haben die Macht, sie produzieren alles und sie haben es in der Hand, das Tor zu einer anderen Entwicklung aufzuschlagen. Eine, in der das Wohl aller im Mittelpunkt einer geplanten Wirtschaft steht. Für uns ist klar, dass ein solches, neues System nur ein sozialistisches sein kann.

SCHLUSS MIT DEM AUSVERKAUF!

Wichtiges in öffentliche Hand!

Das Land muss Einfluss auf lebenswichtige Dinge haben, fordert die KPÖ.

Der Ausverkauf von Gemeinde, Landes- oder Staatseigentum muss ein Ende haben, meint die KPÖ. Zum Beispiel ist die Post: 47 Prozent wurden 2006 an der Börse verkauft. Seither hat man hunderte Postämter geschlossen.

Die KPÖ stemmt sich gegen jegliche Privatisierung öffentlichen Eigentums und macht sich im Landtag dafür stark, dass öffentliche Wirtschaftsbetriebe gefördert und ausgebaut werden sollen. Einige Beispiele:

Müllabfuhr

Die KPÖ drängt darauf, die Abfallwirtschaft in öffentlicher Hand zurückzuführen, damit die Menschen nicht jedes Jahr mit steigenden Preisen für die Müllabfuhr rechnen müssen.

Energie

Ähnlich ist es mit den Strompreisen. Die KPÖ kämpft für einen günstigen Steiermark-Tarif.

Wasser

Wasser ist und bleibt öffentliches Gut! Niemals darf daraus ein Spekulationsobjekt werden!

Gesundheit

Auch in der Pflege wittern Private hohe Gewinne. Zuletzt wurde ein KPÖ-Antrag beschlossen, wonach es nur mehr für öffentliche oder gemeinnützige Heimbetreiber Förderungen geben soll. Allerdings verweigert die SPÖ die Verwirklichung. „Mit der Geschäftemacherei zu Lasten der Menschen muss Schluss sein“, sagt KPÖ-Spitzenkandidatin Claudia Klimt-Weithaler.



Wir sparen nicht für eure Krise

Landtagswahl 26. September: Liste 3

ALLERHAND

aus Stadt
und Land

Höhere Müllgebühren in
Kapfenberg

Bei der Kapfenberger Gemeinderatssitzung vom 10.6.2010 wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP eine Gebührenerhöhung für Müllabfuhr in der Höhe von bis zu 12 % netto beschlossen. Erst in der Gemeinderatssitzung vom Dezember 2009 haben eben diese Parteien beschlossen, im Jahr 2010 keine Gebühren zu erhöhen.

Nun wird offenbart, wie sich ihre Wahlversprechen in Wahlgebühren wandeln. „Es ist unentschuldig, den Menschen in Zeiten, in denen jeder sparen muss, noch zusätzlich das Geld aus der Tasche zu ziehen. Der KPÖ war es immer schon ein Anliegen, den Menschen zu



helfen und wir warnten bereits vor der Wahl vor weiteren steigenden Gebühren“, so der **Kapfenberger KPÖ-Gemeinderat Clemens Perteneder**. Die KPÖ stimmte gegen diese Erhöhung.

Kinderkrippe und
Pflegeheim teurer

Die Zeltweger müssen tiefer in die Tasche greifen. Um 3,1 Prozent wurden die Gebühren für die Kinderkrippe angeho-

ben. Auch die Plätze im Pflegeheim kosten mehr. Abgesegnet wurde alle in einer kurzfristig einberufenen Gemeinderatssitzung – bei der nur die KPÖ-Mandatare **Peter Lorberau** und **Erika Friesacher** dagegen stimmten.



Voitsberg: Umwelt
bleibt auf der Strecke

Der Umweltsenat hat festgestellt, dass für die Inbetriebnahme des Voitsberger Kohlekraftwerks keine Umweltverträglichkeitsprüfung nötig ist. Die Änderungen seien zu geringfügig, urteilten die drei Wiener Richter. Der Industrielle **Mirko Kovats** will das Kraftwerk bekanntlich mit polnischer Steinkohle wieder in Betrieb nehmen. Die Proteste der Bevölkerung verhallen vorerst ungehört. Man warnt vor eine Verschlechterung der Luftqualität. Das Voitsberger Becken ist eine Feinstaub-Sanierungszone.



Hilde Tragler,
Voitsberg

RICHTIGSTELLUNG: Schuldenfalle

In unserer letzten Nummer kritisierten wir, dass eine Restschuldbefreiung nach Privatkonkurs wegen Nicht-Erreichen der 10% Quote kaum möglich ist. Nun wurden wir darauf auf-

merksam gemacht, dass nach § 213 der Insolvenzordnung sowohl eine wesentliche Unterschreitung (Abs 3) als auch eine Verlängerung (Abs 4) möglich ist (wenn auch zuwenig genutzt).

GESCHÜTZTE SPEZIALITÄT
Steirisches
Kernöl



Kernöl macht den Salat richtig gut – und leider richtig teuer. Der Preis ist im letzten Jahr stark gestiegen

Steirisches Kernöl ist sauteuer. „Echtes“ Kernöl gibt es bei den Produzenten am günstigsten.

Kerne aus China

Verlass ist auch darauf nur bedingt. 2009 wurden zwei Erzeuger aus dem g.g.A.-Verband geworfen, weil sie ausländische Kerne verwendet haben. Ein Test des Magazins „Konsument“ im Sommer 2009 zeigte, dass nur fünf von 26 als „steirisch“ bezeichnete Kernöle aus steirischen Kernen gepresst wurden.

Es schmeckt wunderbar nussig, enthält gesunde, ungesättigte Fettsäuren und macht einen Salat erst wirklich gut – Kernöl wird nicht umsonst als grünes Gold der Steiermark bezeichnet. Mit dem Gold hat es noch viel mehr Ähnlichkeit. Denn wie beim goldenen Metall hat ist Preis im letzten Jahr massiv gestiegen. Unter 20 Euro bekommt man einen Liter im Geschäft kaum noch.

Im Handel ist also viel anderes zu finden. Dem Kernöl ähnliches „Salatöl“ zum Beispiel, das weniger kostet. Dabei handelt es sich um mit billigeren Ölen gestrecktes Kernöl. Und dann gibt es teure Kernöle ohne Banderole, die aus importierten Kernen aus Süd- Osteuropa oder China gepresst werden.

Als Ursache dafür nennen die Kernölbauern die schlechte Ernte des Vorjahres. Ein Viertel der normalerweise gepressten zwei Millionen Liter im Jahr fehlen, erklärt Franz Labugger, Obmann der steirischen Kernölbauern. Trotz des Mangels an Kernen sei im echten steirischen Kernöl kein Tropfen Öl aus ausländischen Früchten drin, versichert die Kernölbranche. Zumindest dann nicht, wenn die Flasche die weiß-grüne Banderole „Steirisches Kürbiskernöl g.g.A.“ trägt.

Beim Hersteller billiger

Wer kann, kauft beim Produzenten. Da kann man sich selbst ein Bild machen und zahlt weniger als im Supermarkt, heißt es bei der Hersteller-Vereinigung. Infos gibt es im Internet unter www.steirisches-kuerbiskernoel-gga.at

*) g.g.A = „geschützte geographische Angabe“



26. September:
Feuerzeug und echtroter Nagellack (CKW)
anfordern unter 0316 877-51 02

www.kpoe-steiermark.at



Protest gegen Murkraftwerke



Protest vor dem Grazer Landhaus

Mehrere Gutachten belegen, dass der Bau neuer Murkraftwerke Mensch und Umwelt massiv schaden.

Mehr als 14.000 Menschen haben gegen das in Graz/Puntigam geplante Murkraftwerk unterschrieben, freut man sich bei den Umweltschützern. Ein erster Teil der Unterschriften wurde kürzlich vor dem Land-

haus an die verantwortlichen Politiker übergeben.

Sowohl der zuständige Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl (ÖVP) als auch Umweltschützer Manfred Wegscheider (SPÖ) fanden es nicht der Mühe wert, vorbeizuschauen. Grünen-Sprecher Werner Kogler nahm zwar gegen das Kraftwerk Stellung, verlor aber kein Wort darüber, dass die Grünen-Vizebürgermeisterin und Nagl-Koalitionspartnerin Lisa Rücker kein Machtwort gegen das Kraftwerk gesprochen hat.

Teure Werbekampagne

Die Projektwerber EStAG/Verbund versuchen indes, durch teure Inseratenkampagnen Medien und Bevölkerung gefügig zu machen.

Tatsächlich spricht immer mehr gegen das Kraftwerk. Ein Gutachten der Universität für Bodenkultur (Boku) bescheinigt dem Fluss einen guten ökologischen Zustand, so er nicht verändert wird. Ein Gutachter der Projektwerber Energie Steiermark (Estag) und Verbund warnt vor dem Ausrotten von 20 von 24 Fischarten

in der Mur. Unlängst hat die EStAG bestätigt, dass knapp 4000 Bäume dem Kraftwerk zum Opfer fallen.

Fehlende Information

Welche Auswirkungen der Kraftwerksbau auf Graz haben wird, weiß nicht einmal Bürgermeister Siegfried Nagl, obwohl der Stadt Graz massive Folgekosten drohen. Echte Informationen gibt es kaum, wie die Initiative „Mehr Zeit für Graz“ kritisierte. Auf das Drängen von KPÖ-Stadträtin Elke Kahr, endlich neutrale Informationen zuzulassen, meinte Nagl, das habe es ohnehin schon gegeben. „Dabei waren die Veranstaltungen bisher reine Propaganda der Stromkonzerne“, ärgert sich Elke Kahr.

RAT UND HILFE IN WOHNUNGSFRAGEN

Mieterschutzverband Steiermark
Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30
Sprechstunden – Bitte um tel. Voranmeldung!
Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr
Freitag 9.00 – 11.30 Uhr
www.mieterschutzverband.at

ÖFFIS TEURER Bus und Bahn zum Nulltarif

Können wir uns eher einen guten und günstigen öffentlichen Verkehr oder den ungebremsten Anstieg des Autoverkehrs leisten? Umdenken ist gefragt.

Der Verkehrsverbund hat die Fahrpreise im öffentlichen Verkehr erneut angehoben. Vor allem der Preis für das Ferienticket wurde von 19,90 auf 39,90 Euro verdoppelt. Die 10-Zonenkarte steigt von 16,70 auf 16,80 Euro. Monatskarten wurden in den letzten 10 Jahren fast 40, Wochenkarten um gar 46 Prozent teurer. Das müsste nicht sein, wenn man Mittel sinnvoll verlagert.

Ein Beispiel ist die geplante Umfahrung von Hausmannstätten, die wegen des Verkehrsanstiegs notwendig ist. Mit einem sinnvollen Busangebot wäre sie überflüssig.



Ähnliches gilt für den 4-spurigen Ausbau der S36/37 im Murtal. Er kostet Unsummen und macht die Naturlandschaft sowie die Lebensqualität von tausenden Anrainern zunichte. Ein gut ausgebauter, überregionaler öffentlicher Verkehr für Menschen und Güter würde Abhilfe schaffen. Parkplatzsuche, Abgase, Feinstaub, Unfälle würden wegfallen. Statt Geld in den Straßenbau zu stecken, fordert die KPÖ den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, der letztendlich sogar kostenlos sein könnte.

DAS DROHT...

- Die beliebteste Lauf- und Radstrecke wird zwischen Augarten und Puntigamer Brücke über Jahre zur baumlosen Wüste.
- Die Fließgeschwindigkeit der Mur sinkt. Das bisweilen muffige Wasser stinkt noch mehr in Liebenau und Puntigam.
- Aus einer „erhaltenswerten Fließstrecke mit erstaunlich intakter Fischartengemeinschaft“ wird ein lebloser Stausee.
- Die um viel Geld gebaute Murpromenade wird dauerhaft überschwemmt.
- Wellen für Paddler und Surfer wird es nicht mehr geben.
- Der Huchen, die größte Lachsforelle und „König der Mur“, verschwindet.



DIE BESTEN BÄDER

Ab 2,50 ist ein Badeeintritt für Erwachsene zu haben. 46 Bäder in der Steiermark hat die Arbeiterkammer unter die Preislupe genommen: Am günstigsten ist natürlich die Benutzung kostenloser Bäder. Im Erlaufsee kann ebenso kostenlos gebadet werden wie in den Badeteichen Pöls oder Unzmarkt. Viele weitere steirische Gemeinde bieten kostenlose Badeteiche.

Günstig kommt man im Rosenbad Fehring und in der Blauen Lagune in St. Lorenzen ins kühle Naß. Erwachsene zahlen je 2,50 Euro. Etwas mehr zahlt man im Freibad Deutschlandsberg (2,90 Euro/1,60 Euro). Der Tageskarte für den Freizeitsee Zenz in Tragöß kostet 3 Euro, ebenso viel zahlt man im Freibad Söchau, beim Badesee Steiner (Kraubath) sowie im Schwimmbad Weißkirchen, Freibad Feldbach und im Seebad Riegersburg (letzte 3 Kinder jeweils 1,50 Euro).

Mit 4,60 Euro ist die Zechner Teich- und Freizeitanlage in Kobenz teurer, dafür gibt es dort ein Trampolin, Tischtennis und Beachvolleyball kostenlos. Im Freibad Mureck (4,20) fehlt im direkten Vergleich nur der Beachvolleyball-Platz. Im Knittelfelder Bad (4,40) gibts wiederum kostenloses Volleyball und Tischtennis.

Die billigsten Pommes gibt es im Erlebnisbad Pöllau (1,70), gefolgt vom Freizeitsee Tragöß (1,80).

Teuerstes Planschbecken ist der Schwarzl-See. Erwachsene blechen dort 6 Euro für eine Tageskarte, Kinder ab 10 dürfen um 4 Euro rein. Ein Auto kostet drei Euro extra.

Unser Geheimtipp: Die neue Weihermühle bei Gratwein.

Info: www.akstmk.at



Schwindelfrei im Hochseilpark, Idyll beim Bergsee und mit Tieren auf Tuchfühlung.



ES MUSS NICHT IMMER BADEN SEIN

Freizeittipps für den Sommer

Hoch hinaus in Kletterparks und Kletterhallen, Tierisches im Park, ultimative Abkühlung im Bergsee.

Es muss nicht immer ein Schwimmbad sein. Wenn das Wetter nicht ganz mitspielt oder einmal Abwechslung gefragt ist, gibt es in der Steiermark viele Angebote, um der Langeweile ein Schnippchen zu schlagen.

Ein modernes Schlechtwetterprogramm ist der Besuch einer **Kletterhalle**. Tolle Anlagen gibt es in **Graz** (City-Adventure-Center Idlhofgasse, Tel. 0316 / 22 54 99), **Bruck** (17 m hoch, Tel. 0664 / 13 28 700) oder **Fürstenfeld** (180 Routen mit bis zu 28 m Länge, Tel. 03382 / 20 906). Im Freien klettert man in

„Kletterparks“, von denen es in der Steiermark einige gibt. Etwa den in **Riegersburg** (mit Bungee-Trampolin und Kletterfelsen, Tel. 0680/20 49 449), **Unterpremstätten** (10 schnelle Flying Foxes, Tel. 3135/55 842) oder in **Gröbming** (18 Parcours für Kinder schon ab 3 Jahren, Tel. 3685/22 245).

Wenn es superheiß ist, versprechen **kalte Bergseen** die wahre Erfrischung. Idyllische Plätze finden sich beim **Packer Stausee** oder **Erlaufsee**, **Salza-Stausee**, am **Grünen See** oder am **Leopoldsteinersee** (an Wochenenden ist bei beiden sehr viel los), beim **Ingeringsee**, beim **Soboth-Stausee** und den **Seen im Salzkammergut**. Das Beste: Bei keinem davon zahlt man Eintritt.

Für Kinder ein Hit sind **Tierparks**. Da gibt es zu den

vergleichsweise teuren Anlagen am **Elfenberg Mautern** und in **Herberstein** günstigere Alternativen. Etwa die Anlage in **Preding** samt Spielplatz (K: 3,-; E: 4,-; Tel. 0664/154 71 72). Nahe Graz liegt der kleine **Fernitzer Tierpark**, bei dem Kinder mit dem Pony Runden drehen können (Tel. 03135 / 53 234). Im **Ökopark Hochreiter** (K:3,-; E: 4,-; Tel. 0664/56 57 078) in der Breitenau fühlt sich die heimische Tierwelt wohl. Im Naturschutzzentrum **Weitenttal** bei **Bruck** werden kranke Greifvögel aufgepäppelt (mit tollem Waldspielplatz, Tel. 03862 / 54 760).

Ermäßigungen für sehr viele Freizeitangebote in der Steiermark gibt es mit dem **Steirischen Familienpass**. Infos im Internet unter www.zweiundmehr.steiermark.at

LÄNGER ARBEITEN,
WENIGER GELD?

Anschlag auf Pensionen

Die Regierung will bei den Pensionen den „Sparstift“ ansetzen. Laut EU-Vorgaben sollen Pensionen keinen Teuerungsausgleich mehr erhalten. Und alle sollen länger arbeiten bis zur Pension.

Das die österreichischen Pensionisten nach dem Berufsleben nicht auf Daunen gebettet sind, zeigt der hohe Anteil vor allem der PensionistInnen, die mit Bezügen unter dem Existenzminimum von derzeit 951 Euro oder gar der Ausgleichzulage von 783,99 Euro auskommen müssen. Angesichts dieser Situation hat die EU-Kommission ein Schäufelr nachgelegt und die Regierungen der Mitgliedsländer aufgefordert, das Pensionsantrittsalter hinaufzusetzen. Laut EU-Vorgabe sollen die Leute ab 2030 bis 70 arbeiten! Eine zynische Forderung angesichts des Anstiegs der Altersarbeitslosigkeit und der Tatsache, dass gerade Ältere aus dem Arbeitsleben gedrängt werden.

Pensionisten als Spielball der Politik

Dass die Pensionisten für die Politiker nur ein Spielball

sind, wird immer kurz vor Jahresschluss demonstriert: In schöner Regelmäßigkeit wird eine gerechte Pensionserhöhung verweigert, gleichgültig ob die Regierung rot-schwarz oder schwarz-blau zusammengesetzt ist.

Dabei fällt nicht nur unter den Tisch, dass Pensionisten ein Anrecht auf einen würdigen Lebensabend haben, es wird auch verschwiegen, dass die Pensionen leichter zu finanzieren wären als noch vor 20 Jahren. Man müsste nur die Unternehmensprofite in die Beitragsberechnung mit einbeziehen und das Geld für die Pensionsversicherung nicht allein bei den Löhnen und Gehältern der Beschäftigten eintreiben.

Wo sind die Zeiten, als der ÖGB dafür gekämpft hat, dass

in Lohn-, Gehalts- und Pensionsverhandlungen neben der Inflation die Steigerung der Produktivität abgegolten wird? Der Verzicht auf diese Möglich-

keit verstärkt die Umverteilung von arm nach reich. Ein Prozess, der – wie die Krise zeigt – Wirtschaft und Gesellschaft in den Ruin treibt.



Die Pensionisten von heute haben mit ihren Einzahlungen die Pensionen der Generation finanziert, die vor ihnen im Ruhestand war.

Protest gegen Pensionsexperten

In letzter Zeit konnte man von sogenannten Pensionsexperten immer öfter lesen, dass die Pensionen den Staatshaushalt zu sehr belasten. Gemeint sind da nicht die Pensionen der Hof- und Ministerialräte oder die Politikerpensionen, sondern die Pensionen der Arbeiter und Angestellten.

Besonders die Hacklerregelung, die bis zum Jahr 2013 verlängert wurde, regt diese „Experten“ gewaltig auf. Durch diese Regelung können Männer mit 45 Versicherungsjahren (Frauen mit 40 Versicherungsjahren) bereits mit 60 Jahren (Frauen mit 55 Jahren) in Pension gehen. Bei diesen Pensionen gibt es keinen Abschlag; außer Lohnsteuer und Krankenkassenbeitrag, denn bei anderen Pensionen (z.B. Invaliditätspensionen) werden bei Männern pro Jahr vor dem 65. Lebensjahr (Frauen 60. Lebensjahr) vier Prozent von der errechneten Pension abgezogen, höchstens 15 Prozent. Die Jungen werden mehr oder weniger direkt aufgefordert, Verträge für eine Privatpension abzuschließen, da man ihnen erklärt, in Zukunft wären die Pensionen nicht mehr finanzierbar.

Laut Aussendungen des Sozialministeriums beträgt der Staatszuschuss für die Pensionen im heurigen Jahr zirka sieben Milliarden Euro. Interessant wäre zu erfahren, wie viele Milliarden davon durch Steuern der Pensionisten bezahlt werden. Bei jedem Einkauf sind im Preis 10 oder 20 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Bei den etwas höheren Pensionen ist die Lohnsteuerbelastung enorm hoch.

In Österreich gibt es über 70.000 Euro-Millionäre, jedes Jahr kommen einige tausend dazu. Und da wird von verschiedenen Politikern und „Experten“ die Meinung vertreten, im kommenden Jahr keine Pensionsanpassung an die gestiegenen Preise vorzunehmen. Wir fordern eine Reichensteuer einzuführen. Es liegt auch an den Pensionisten, ob die Regierung es wagt, die nur unteren Schichten zu belasten und die Reichen zu schonen.

Bei der Landtagswahl am 26. September 2010 muss die Partei der „kleinen Leute“ gestärkt hervorgehen – nur die Stimmen für die KPÖ sind Proteststimmen.

Alfred Froschauer

ZVP Zentralverband der Pensionisten

SPRECHSTUNDEN

MO. bis FR. von 10 bis 12 Uhr

Lagergasse 98a, 8020 Graz

E-Mail: zentralverband@gmx.at

☎ 0316/ 71 24 80 Voranmeldung erbeten.

Wir helfen bei:

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- anderen Problemen

KURZ GESAGT

**Teuerung stoppen!
Amtliche Preisregelung!**

Die Inflation kletterte im Juni 2010 auf 2 Prozent. Der Pensionisten-Preisindex stieg gar um 2,2 Prozent. Die höheren Preise belasten auch die Wohnkosten: Instandhaltungskosten stiegen um drei, jene für Haushaltsenergie um 3,5 und die Mietkosten gar um 4,2 Prozent. Zum Vergleich: Vor einem Jahr lag die Inflationsrate bei Null.

**Lear schließt
Werk in Köflach**

Der Autositzhersteller Lear Corporation in Köflach schließt sein Werk. Mit 24. August stehen 120 Beschäftigte ohne Job da. Dazu noch eine größere Anzahl an Leiharbeiter/inne/n. Lear produzierte seit 19 Jahren in Köflach und beschäftigte bis zu 500 Mitarbeiter.

Schon vor zwei Jahren wurde der Belegschaftsstand von fast 300 um ein Drittel reduziert. Gleichzeitig mussten die verbliebenen rund 200 Arbeiter/innen kurzarbeiten. Als Grund für die Schließung gibt Lear an, dass alte Aufträge ausgelaufen seien und neue nicht in Sicht seien.

Im Juli 2008, am Höhepunkt der Krise, meldete der Konzern für das zweite Quartal noch einen Nettogewinn 18,3 Millionen Dollar und prognostizierte einen Gesamtjahresumsatz von rund 15 Milliarden Dollar.

UNTERWÄSCHEFERTIGUNG IN HARTBERG GESCHLOS
TRIUMPHaler Abgang

Mit Ende Oktober stellt die Triumph International in Hartberg die Produktion ein. Was für die knapp 300 Beschäftigten ein Schlag ins Gesicht ist, offenbart die Rezeptlosigkeit der Landesregierung. Zu lange diktieren die Konzerne schon die Regeln.

40 Stunden pro Woche, zwei Produktionsstraßen, 1000 Euro netto. Für die

jenigen, die unter gestrenger Aufsicht um einen Hauch schneller arbeiten, gibt es einen bescheidenen Zuschuss. Ein Honigschlecken war die Arbeit der 284 Näherinnen und sechs Näher bei Triumph in Hartberg demnach bislang schon nicht, aber immerhin, es gab Arbeit, man kam über die Runden. Wohl oder übel.

Zusperrten trotz Umsatzhoch

Mit Ende Oktober hat auch das ein Ende, dann nämlich

schließt der Wäschehersteller das Werk im oststeirischen Hartberg. Offiziell deshalb, weil die Triumph International „mit massiven Überkapazitäten in seinen Produktionszentren konfrontiert“ sei. Die Tatsachen sehen anders aus. 2008 machte das Unternehmen einen Umsatz von 1,75 Milliarden Euro. Ein Umstand, der Kritik hervorruft. „Diese Schließung erfolgt nicht, weil der Standort keinen Gewinn abwirft, sondern weil der Mutterkonzern durch diese Maß-



auf die Leute schauen

Landtagswahl 26. September: Liste 3



SEN

eines Konzerns?

nahme auf eine weitere Profitmaximierung aus ist“, sagt etwa Claudia Klimt-Weithaler, Klubobfrau der KPÖ im Steiermärkischen Landtag. Ähnlich sieht das Jürgen Höfler, KPÖ-Gemeinderat in Schönegg bei Hartberg, der zudem davor warnt, dem Unternehmen jetzt auch noch „Steuergelder nachzuwerfen, um bestehende Aufträge in Hartberg zu extrem niedrigen Lohnkosten für die Firma abarbeiten zu lassen“.



foto: cc. flickr.com bnc-free

Triumph: Wohin wandern die Arbeitsplätze?

Lichtblick für Triumph?

Genau darauf scheinen es SPÖ und ÖVP allerdings anzulegen. So soll die Produktion in Hartberg bis Mitte November über eine Verlängerung

der Kurzarbeit aufrechterhalten werden. Der als „Lichtblick für Triumph“ verkaufte Deal, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als Mogelpackung vor der Landtagswahl.

Während der Belegschaft bloß eine, wenige Wochen anhaltende, Schonfrist vor der sicheren Arbeitslosigkeit bliebe, müsste die öffentliche Hand dem Unternehmen weitere Gelder zuschießen. Die Triumph International hingegen könnte sich solcherart selbst den sicheren Abgang noch versüßen lassen.

„Das hilft den Arbeiterinnen nicht“

Für die Ausstellung „Land of Human Rights“ im Grazer Kunstverein <rotor> portraitierte der Maler Josef Schützenhöfer vor rund zwei Jahren sechs Arbeiterinnen der Triumph International Hartberg. Über die drohende Schließung des Werks sprach der in Pöllau lebende Künstler mit der Steirischen Volksstimme.



Josef Schützenhöfer

Sie haben vor zwei Jahren Arbeiterinnen von Triumph in Hartberg gemalt.

Josef Schützenhöfer: Es gab gewisse bürokratische Hürden und Vorgaben

der Unternehmensleitung, um zu den Arbeiterinnen vordringen zu können, aber der Zugang zu den Frauen selbst war überhaupt kein Problem. Mich interessieren ja diese Büroangelegenheiten nicht. Was mich interessiert,

das sind die Menschen.

Wie wurde die Nachricht von der drohenden Schließung des Werks vor Ort aufgenommen?

Josef Schützenhöfer: Was mich geärgert hat, das waren die Freiheitlichen. Die waren, unmittelbar nachdem das bekannt geworden ist, vor den Werkstören und haben ihre Hasspropaganda verteilt. Die sorgen sich nicht um Arbeitsplätze, die wollen Profit aus der Misere schlagen. Das hilft den Frauen, die jetzt um ihre Jobs bangen, gar nicht.

SP/VP: Plan- und willenlos

Die Art und Weise, wie sich SPÖ und ÖVP von der Triumph International vorführen lassen zeigt, wie plan- und willenlos sie der Willkür der Konzerne mittlerweile ausgeliefert sind. Claudia Klimt-Weithaler erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass sich „die Politik freiwillig den Spielregeln der Konzerne unterworfen hat.“ Dabei würden sich die Menschen von der Politik erwarten, dass sie nicht tatenlos zuschauen, wenn ihre Existenzgrundlage zerstört wird. Klimt-Weithaler: „Eine Wirtschaftspolitik im Interesse der Bevölkerung muss wieder die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der Profitmaximierung ohne Rücksicht auf Verluste ein Riegel vorgeschoben wird“.

JOBS GESTRICHEN TROTZ FÖRDERUNGEN

Viele steirische Unternehmen haben Förderungen kassiert, um dann Kurzarbeit einzuführen, Jobs zu streichen oder ganze Standorte zu schließen.

Für Ärger sorgte etwa der **Leiterplattenhersteller AT&S**. 2009 ließ der Ex-SPÖ-Finanzminister Hannes Androsch – er ist Aufsichtsrats-Vorsitzender und einer der Eigentümer von AT&S – wissen, dass man in der Steiermark nicht mehr profitabel arbeiten könne. Die Produktion wurde nach Shanghai verlagert, mehr als 700 Jobs gingen in Leoben verloren. Dabei hat AT&S seit 1999 fast 9 Mio Euro an Förderungen kassiert. Mit der Auflage, dass es bis Ende 2011 2318 Arbeitsplätze gesichert werden müssen! Folge: Seit Anfang 2009 hat sich der AT&S Aktienkurs fast verdreifacht, das Unternehmen schreibt die besten Zahlen seit Jahren dafür, dass man Jobs gestrichen hat. Jetzt will man mit der Zentrale zurück nach Leoben – weil Förderungen winken?

Auch **Magna Steyr** bekam immer wieder Landesförderungen. Allein 2007 930.000 Euro. Ergebnis: Arbeiter und Angestellte mussten 2009 auf Teile der Gehälter und Löhne verzichten, das Unternehmen setzte massiv auf Kurzarbeit, die Menschen zahlten drauf.

Mehr als 800.000 Euro hat die Deutschlandsberger **EPCOS** seit 2007 aus mehreren Fördertöpfen bekommen. Den Beschäftigten brachte das nichts. Knapp 300 mussten bis 2009 gehen, für nahezu die gesamte Belegschaft gab es Kurzarbeit und Lohnkürzungen. Geichermaßen schlimm trieb es die **RHI**. 2007 und 2008 kassierte der Feuerfest-Konzern 665.000 Förder-Euro. 2009 wurden weltweit 1000 Jobs gestrichen, 80 davon in der Steiermark.

KATASTROPHALER EINGRIFF INS SOZIALSYSTEM

Mindestsicherung: Kürzung für jene, die Unterstützung am dringendsten brauchen

Nach langen Parteienstreitereien wurde im Parlament die sogenannte Mindestsicherung durchgeboxt, die Sozial- und Notstandshilfe ersetzen soll. Sie bedeutet trotz aller anders lautenden Versprechungen eine eklatante Verschlechterung für alle Betroffenen.

Es ist passiert: Das Parlament hat die neue Mindestsicherung beschlossen. Sie macht 744 Euro pro Monat aus, wobei hier das Wohngeld schon eingerechnet ist und wird nur noch 12 Mal im Jahr ausbezahlt. Für Kinder wird noch weniger als bisher ausbezahlt (18% statt 22,6%). Von der Verwertung allfälligen Vermögens (etwa einer Eigentumswohnung) sind nun auch Notstandshilfebezieher betroffen.

1600 Euro Mindestlohn?

Die KPÖ forderte im Landtag die gesetzliche Verankerung eines Mindestlohn von 1600 Euro brutto pro Monat für eine Vollzeitbeschäftigung. Die ÖVP lehnte es ab, einen menschenwürdigen Mindestlohn in Österreich gesetzlich zu verankern. Dagegen sind auch die Grünen, die meinen man könne den Unternehmen 10 Euro Lohn pro Stunde nicht zumuten. „Es ist seltsam, wenn hoch bezahlte Berufspolitiker im Namen von Berufstätigen mit weniger als 800 Euro im Monat eine Sozialschmarotzerdebatte führen“, sagt KPÖ-Spitzenkandidatin Claudia Klimt-Weithaler.

Jahrelang wurde eine Mindestsicherung entworfen, die eine Verbesserung der Lebenssituation der sozial Schwächsten bedeutet. Nichts davon ist geblieben, stattdessen wird den Ländern in Form eines „Transparenzkontos“ ein zusätzlicher Kontrollmechanismus aufgezungen.

„Die Gewinne der Spekulanten und Manager werden nicht angetastet. Aber öffentliche Budgets sollen auf Kosten der Ärmsten saniert werden“

KPÖ-Sozialsprecherin Claudia Klimt-Weithaler.

Alleinerzieherin verliert 127 Euro pro Monat

Die „Bedarfsorientierte Mindestsicherung“ ist niedriger als die aktuelle Sozialhilfe. Besonders für Familien und Alleinerzieherinnen ist sie eine Verschlechterung, weil die Kinder viel zu niedrig „bewertet“ werden und weil auf die Miete nur mehr pauschal eingegangen wird. Wir haben einige Rechenbeispiele angestellt: Eine Alleinerzieherin mit zwei Kindern, die auf Sozialhilfe angewiesen ist, verliert 127 Euro, zwei Gewalt-

topfer – in einer Wohngemeinschaft – verlieren 157 Euro monatlich.

Claudia Klimt-Weithaler hat dem zuständigen SPÖ-Landesrat Siegfried Schrittwieder (SPÖ) angeboten, bei der Reparatur des Gesetzes für die Mindestsicherung zu helfen. Statt gemeinsam mit der KPÖ

im Sinne der Betroffenen zu handeln, habe die SPÖ allerdings mit der ÖVP einen

Kompromiss ausgehandelt, der gravierende Einschnitte für die Ärmsten im Land bringt.

Mit der Unterstützung der ÖVP führt die SPÖ einen Feldzug gegen unsere sozialen Rechte. KPÖ-Spitzenkandidatin Claudia Klimt-Weithaler: „Wenn es um die riesigen Vermögen der Superreichen geht, fällt der PolitikerInnen immer etwas ein, warum die nicht gekürzt werden dürfen. Bei sozialer Hilfe wird mit leichter Hand gestrichen.“

Gegenüberstellung

Familie, 6 Kinder, lebt in privat gemietetem Haus, für das Miete in der Höhe von 1.308,77 zu bezahlen ist, die Wohnbeihilfe beträgt 421,-, der Eigenanteil an Miete somit 888,-. Der Mann arbeitet und verdient monatlich 1.371,-. Die Frau arbeitet als Hausfrau und Mutter und hat kein Einkommen.

Sozialhilfe derzeit:

500,-	Lebensbedarf Hauptunterstützter
334,-	Lebensbedarf Mitunterstützter
1.014,-	Lebensbedarf für 6 minderjährige Kinder (6 mal 169) vertretbarer Aufwand für Unterkunft
625,-	Sozialhilferichtsatz minus eigenes Einkommen
2.473,-	Gehalt des Mannes
1.612,-	monatliche Sozialhilfe derzeit

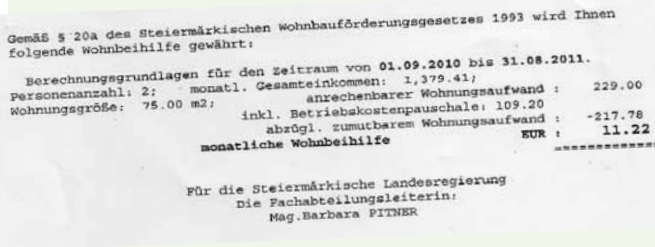
Mindestsicherung künftig

558,-	Mindestsicherung 1. Erwachsener
558,-	Mindestsicherung 2. Erwachsener
402,-	Mindestsicherung für die ersten 3 Kinder (18 % von 744 mal 3)
334,80	Mindestsicherung für die nächsten 3 Kinder (15 % von 744 mal 3)
1.853,-	Mindestsicherung für die gesamte Familie minus eigenes Einkommen
1.612,-	Gehalt des Mannes
241,-	Mindestsicherung künftig

Angaben auf ganze Euro gerundet

620 Euro/mtl. verliert die Familie durch die Mindestsicherung

weitere Beispiele auf unserer Website <http://www.kpoe-steiermark.at/kpoe-zeigt-gravierende-luecken-bei-mindestsicherung-auf-1.phtml>



Nicht genug getan?

Bis letztes Jahr bekam Familie W. eine Wohnbeihilfe von etwas mehr als 100 Euro. Aufgrund einer Pensionserhöhung von 10 Euro beträgt die Wohnbeihilfe jetzt nur noch 11 Euro, weil die Landesregierung eine Wertanpassung verabsäumt hat.

Sozialhilferechner der KPÖ: Rechnen Sie ihre Ansprüche nach!
Info Tel. 0316 / 875 5101

<http://www.sozialhilferechner.at>

zuhören. helfen.

Claudia Klimt-Weithaler



BELASTUNGEN – NACH DER WAHL

Belastungspakete – nicht mit der KPÖ!

EU-Führer Deutschland hat wegen der Krise des Euro allen Staaten ein rigides Sparpaket verordnet. Österreich ist keine Ausnahme, aber die Regierung wartet mit Veröffentlichung konkreter Belastungspläne auf den Ausgang der Landtagswahlen.

In einem Brief an Nationalratspräsidentin Barbara Prammer haben Bundeskanzler Faymann und Finanzminister Pröll angekündigt, dass der Budgetentwurf 2011 entgegen den Verfassungsbestimmungen erst am 9. Dezember vorgelegt wird. „Die Belastungspakete sind bereits geschnürt; sie werden aber nicht veröffentlicht, weil SPÖ und ÖVP ein Debakel bei den Landtagswahlen in der Steiermark und in Wien befürchten“, so Franz Stephan Parteder (Vorsitzender der KPÖ Steiermark). „Die herrschenden Parteien,“ sagt er, „fürchten sich vor der Bevölkerung,

sie wollen jedoch die Stimmen der Menschen kassieren, bevor sie ihnen noch mehr wegnehmen.“ Parteder verwies darauf, dass EU-Rat und EU-Kommission von allen Mitgliedstaaten eine rigorose Umverteilung von arm nach reich verlangen.

Weniger Löhne, mehr Gewinn für Konzerne

Löhne, Gehälter und Pensionen sollen eingefroren bzw. gekürzt, Massensteuern wie die Mineralöl- und Mehrwertsteuer erhöht und Sozialleistungen gekürzt oder gestrichen werden. Die Profite der Banken und Großkonzerne werden hingegen nicht angetastet.

In Deutschland, Frankreich und Großbritannien ebenso wie in Griechenland, Italien, Spanien und Portugal sind Sparmaßnahmen eingeleitet worden. In Portugal hat der Plan, Arbeitslose zu verpflichten, Jobs mit einem Gehalt anzunehmen, das dem Arbeitslosengeld entspricht, den massiven Widerstand der



flickr/twilightzones

Betroffenen ausgelöst.

Derartige Kampfmaßnahmen verschweigen die heimischen Medien. Über Protestaktionen und Generalstreiks in Griechenland, Italien und Spanien gegen die Kürzung von Beamtenbezügen und Pensionen im Umfang von 15 oder gar 20 Prozent, wird – wenn überhaupt – nur am Rande berichtet. Offenbar wollen die

Herausgeber nicht, dass diese Beispiele in Österreich Schule machen.

Parteder warnte vor der Annahme, Österreich werde dem deutschen Beispiel nicht folgen: „Nur der gemeinsame Widerstand gegen das Paket der Grauslichkeiten und die Stimme für die KPÖ bei der bevorstehenden Landtagswahl steht für eine Kursänderung.“

GUTE ARBEIT

Seit 2005 ist die KPÖ im steirischen Landtag vertreten. Die vier KPÖ-Abgeordneten haben eine Vielzahl von Initiativen in den verschiedensten Bereichen des Lebens gesetzt: 164 Selbstständige Anträge, 103 Anfragen, 12 Abänderungsanträge, einen selbstständigen Ausschussantrag, 18 Dringliche Anträge, 33 Anfragen in den Fragestunden und 136 Entschließungsanträge.

**Sagen Sie uns Ihre Meinung und gewinnen Sie!****Zuhören. Helfen. Durchsetzen.**

Verlost werden T-Shirts und kleine Buch- und Sachpreise.

Wieviele Landtags-Initiativen hat die KPÖ seit 2005 gestaltet?

104

279

467

Zutreffendes bitte ankreuzen

Eigene Gedanken und Anregungen: _____

 Ich möchte regelmäßige Informationen über die Arbeit der KPÖ erhalten

Name: _____

Adresse: _____

Falls Sie ein T-Shirt als Preis wollen, bitte Größe angeben (S/M/L/XL/XXL)



An die

**Steirische
Volksstimme**Claudia Klimt-Weithaler
Landhaus, Herrngasse 16
8010 GrazFax: 0316 / 877 51 08
E-Mail: kpoe-ltk@stmk.gv.at

Nicht nur zum Schulabschluss...

Ideen für eine bessere Schule von Mag. Andreas Fabisch, KPÖ-Vertreter im Landesschulrat.

...sollten **SchulpsychologInnen** mit Rat und Hilfe zur Seite stehen, am besten, indem sie unterm Schuljahr wöchentlich an jeder Schule Sprechstunden halten.

...gehört der **Förderunterricht**, der vor Ort das ganze Jahr meist gut funktioniert, weiter ausgebaut.

...darf Legasthenie keine **Kostenfalle** für Eltern werden – das Angebot zur Gratisbetreuung muss an den Schulen bestehen. ...sollte die Senkung der **Klassenschülerhöchstzahl** rascher vorangetrieben werden (verbunden mit gewaltigen Schulausbauten).

...gehören **Ganztagschulen** forciert, am besten mit verschränktem Unterricht (Abfolge von Unterrichtseinheit, Übungs- und Erholungsphase), die sich als hervorragendes Mittel gegen schlechte Noten erweisen.

...wäre es für die Oberstufe längst an der Zeit, ein gut gemachtes **Kurssystem** einzuführen, welches das herkömmliche Wiederholen einer Klasse im Normalfall überflüssig macht. Wie auf der Uni müssten nur negativ abgeschlossene Fächer bzw. Kurse neu absolviert werden.

Mag. Andreas Fabisch sorgt als KPÖ-Vertreter für Ausgewogenheit im Gremium des Landesschul-



rates. Ob er diese Vertretung weiterhin wahrhaben kann, wird durch das Ergebnis der Landtagswahl bestimmt

KOMMUNISTISCHE BILDUNGSARBEIT IN DER STEIERMARK

„Wir wissen mehr als

Seit vier Jahren organisieren der Historiker Leo Kühberger und der Sozialwirtschafter Alexander Dinböck den Bildungsverein der KPÖ Steiermark. Im Gespräch mit der Steirischen Volksstimme ziehen sie Bilanz.

Wie ist es dazu gekommen, dass ihr eure Arbeit im KPÖ-Bildungsverein aufgenommen habt?

Leo Kühberger: Mit dem Einzug der KPÖ in den Landtag eröffnete sich die Chance, etwas aufzubauen, was es davor lange nicht mehr gegeben hatte. Die Universität als Ort kritischen Denkens ist de-facto tot und ansonsten konnte ein entsprechender Diskurs wenn, dann an der Peripherie von Kulturinstitutionen stattfinden.

Ist der Bildungsverein lediglich ein Ort des Diskurses oder geht es auch darum, praktische Arbeit zu leisten?

A. Dinböck: Es braucht einen Gegenentwurf, um den neoliberalen Wirrnissen unserer Zeit entgegen treten zu können. Daran arbeiten wir. Genauso wichtig ist es aber auch, dass diese Ideen ihren Niederschlag in der Kommunalpolitik und in der Betriebs- und Gewerkschaftspolitik der KPÖ finden.

Abgesehen davon ist das Bildungszentrum der KPÖ in Graz zu einem Fixpunkt im linken Veranstaltungskalender avanciert, der über die Parteigrenzen geschätzt wird. Wir haben einen guten Namen.

„Die Uni als Ort des kritischen Denkens ist tot.“



Wie definiert sich eure Tätigkeit im Bildungsbereich?

Leo Kühberger: Der ist in der besten Tradition der ArbeiterInnenbewegung sehr weit ausgelegt. Grundsätzlich geht es uns – um jetzt ein großes Wort zu verwenden – um „die radikale Kritik alles Bestehenden“. Und zwar ganz gleich aus welcher Sparte diese Kritik kommt. Daher war das Bildungszentrum der KPÖ Steiermark immer auch ein Ort für kritische Literatur oder engagierte bildende Kunst. Davon zeugen im Übrigen über 200 Veranstaltungen seit 2006, vom Seminar über Konzerte bis hin zu Ausstellungen.

Was waren aus eurer Sicht die Höhepunkte in der Vereinstätigkeit der letzten Jahre?

Leo Kühberger: Ein Höhepunkt war die Ausstellung von Alfred Hrdlicka im Jahr 2008, aber auch die Aufführung des „Manifest“ von Manfred Wekwerth ist mir sehr positiv in Erinnerung. Auf der Ebene der politischen Veranstaltungen

zählen das Energie-Seminar im Jänner 2010 und die Veranstaltung mit Tariq Ali wenige Monate zuvor dazu.

A. Dinböck: Ich möchte auch an die Sommerschulen 2008 und 2009 erinnern, die gut besucht waren. Und nicht zuletzt an den Auftritt des Liedermachers Hans-Eckart Wenzel im November 2008.

Was unterscheidet den KPÖ-Bildungsverein von anderen Veranstaltern?

Kühberger: Ich denke, wir sind in gewisser Hinsicht konsequenter in der Herangehensweise. Wir veranstalten mit einer großen Offenheit, aber aus einer marxistischen Tradition heraus. Das ist der Hintergrund, vor dem bei uns Kritik formuliert wird. Ein Beispiel ist die aktuelle Krise: Während anderswo von der Gier der Manager als Ursache der Krise fabuliert wurde, haben wir schon vor drei Jahren damit begonnen, tiefer zu gehen.

Also eine inhaltliche Frage?

Kühberger: Sicher. Es gibt außer uns keinen Veranstalter, der eine klar antikapitalistische Positionierung hätte.

wir sagen"

Dinböck: Ich denke auch, dass das der wesentliche Punkt ist. Wir bleiben eben nicht dort stehen, wo andere bloß den Kapitalismus verbessern wollen, sondern sagen, was Sache ist. Der Kapitalismus ist ein überlebtes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem und es braucht etwas Neues. Das merken auch immer mehr Menschen und denen versuchen wir eine Antwort zu geben.

„Wir versuchen, den Menschen neue Antworten zu geben.“



KPÖ-Bildungsarbeiter
Alexander Dinböck

Geht es auch darum, die richtigen Fragen zu stellen?

Kühberger: Klar, es geht vor allem darum, und das lässt sich wiederum an den unzähligen Veranstaltungen zur Krise gut nachvollziehen. Vor über drei Jahren, also noch bevor irgendjemand von der Krise gesprochen hat, war Joachim Bischoff bei uns zu

Gast, um zum Thema „Weltwirtschaft am Abgrund?“ zu sprechen. Wenn wir es weiterhin schaffen, die richtigen Fragen so treffsicher zu stellen, sollten wir wohl in Bälde eine Veranstaltung zum Thema „Kommunismus vor der Tür?“ machen.



Kreisler und Hackl zu Gast beim Bildungsverein

Am 7. September gastiert Georg Kreisler in Graz. Eine Woche darauf liest Erich Hackl aus seinem neuen Buch.

Kreisler, Jg. 1922, musste Österreich 1938 in Richtung der USA verlassen. Ab Anfang der 1950er Jahre wirkte er dort als Autor, Komponist und Sänger von makaberen Chansons. Am 7. September gibt es im Volkshaus Graz Gelegenheit zur Begegnung mit Georg Kreisel bei einer Lesung aus seinem Ende August im Zürcher Atrium-Verlag erscheinenden Buch „Anfänge. Eine literarische Vermutung“. Barbara Peters, Schauspielerinnen und Ehefrau Kreislers, sekundiert.

Weitere Informationen zu Veranstaltungen, Bestellung von Büchern und Broschüren: KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a, Tel. (0316) 22 59 31, 22 59 32 bildungsverein.kpoe-steiermark.at

Knapp eine Woche später, am 13. September, beehrt Erich Hackl das Haus in der Lagergasse. Mit im Gepäck: der erst im September bei Diogenes erscheinende Titel „Familie Salzmann. Erzählung aus unserer Mitte“. Hackl – u.a. als Übersetzer Eduardo Galeanos und Autor zahlreicher Bücher (Auroras Anlass, Sara und Simón, In fester Umarmung, ...) bekannt – erzählt in „Familie Salzmann“ eine Familiengeschichte über drei Generationen – über 100 Jahre und unsere Gegenwart.

Georg Kreisler: „Anfänge“ und „Zufällig in San Francisco“

Dienstag, 7. September 2010, 19 Uhr, KPÖ Bildungszentrum im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a, AK: 19 € – VVK: 15 € – Sozialticket: 10 €

VOLKSHAUSFEST

Volkshaus Graz, Lagergasse 98a
Samstag, 11. September 2010 ab 15 Uhr.

Mit Kinderprogramm, Tombo-la mit Ernest und Elke
Vielseitiges Musikprogramm, Binder und Krieglstein uva.
Siehe auch Seite 24

Erich Hackl: Familie Salzmann

Montag, 13. September 2010, 19 Uhr, KPÖ Bildungszentrum im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a, Freier Eintritt !

GEORG KREISLER
und
BARBARA PETERS
lesen

»Anfänge« und
»Zufällig in San Francisco«
Ein Querschnitt

**Di, 7. Sept.,
19 Uhr**

Eintritt: AK: 19 Euro,
VVK: 15 Euro,
Sozialticket: 10 Euro,
Kartenres.: 0316/225931
Vorverk. im Zentralkartenbüro

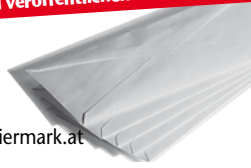
**Volkshaus Graz,
Lagergasse 98a,
8020 Graz**

KPÖ wirkt!

F. L. v. KPÖ Landtagsklub

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe gekürzt zu veröffentlichen



Steirische Volksstimme,
Landhaus, Herrengasse 16, 8010 Graz,
Fax 0316/877 5108 oder E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at

Schilling zurück?

Wir haben uns bei den Steirennen und Steirern umgehört, ob der Schilling zurückkommen soll und ein Stimmungsbild erhalten: 80 Prozent der Einsenderinnen und Einsender meinen, dass wir ohne Währungsunion besser dran seien! Hier ein paar Antworten:

Unabhängig sind wir nicht mehr, die EU bestimmt so oder so. Wir haben doch keine eigene Meinung mehr, nur mehr eine Diktatur von oben (EU). Es fragt uns keiner.

Frau E., Bruck

Wenn es so weitergeht, sind wir verloren. Mein Wunsch wäre: Raus aus der EU. Es ist ganz arg, dass sich da keine starken Persönlichkeiten trauen aufzustehen und sagen, es ist genug. Der Bundeskanzler war auch nur Stimmenfänger mit seinem Versprechen, er will aus der EU aussteigen, für mich ein Hampelmann.

Frau Z., Liezen

Milliardenverluste! EU eine Diktatur, Euro ein Betrug ohne Gleichen!

anonym

Wer stoppt den Crashkurs unserer herrschenden Gesellschaft? Macht und Geldgier bestimmen unsere Zukunft. Wie so oft in der Geschichte wurden wir wieder einmal betrogen.“

Herr P., Tauplitz

Ja, ja und wieder ja! Die damaligen Versprechungen von Fr. Ederer, jetzt sogar in den Siemens-Europavorstand gehievt, waren allesamt ein Flop. Die Schweiz zeigt es uns vor. Ihr seid die einzige Partei ohne Proporz und Abkassieren, Lug und Betrug! Weiter so! Für die kleinen,

(sozial) schwachen in unserem Österreich/Stmk.

Herr S., Bruck/Mur

Eine korrupte EU – nein danke. Kurz gesagt, ich hatte damals nicht für die EU und auch nicht für den Euro gestimmt.“

Frau B., St. Kathrein

Es wurde schon zu viel Geld an die EU verschwendet.

Herr W., Graz

Bitte den Schilling zurück!

Frau P., Anger

Euro ist nur möglich, wenn alle Länder das selbe System haben (Steuer, Soziales usw.).

Herr S., Jagerberg

Der Schilling wird uns jetzt nicht mehr helfen.

Frau P., Graz

Wir waren schon immer für den Schilling, rechnen auch heute noch um und wollen ihn wieder haben! Seit Einführung des Euro sind die Lebensmittel usw. derart teuer geworden, dass man kaum noch mit dem Geld auskommt!

Frau L., Graz

Schlechte Mindestsicherung

Die SPÖ bejubelt den großen Wurf bei der Mindestsicherung, die ÖVP findet diese und das Transparenzkonto auch für genau richtig, für FPÖ und BZÖ ist die Mindestsicherung zu hoch (12 x 744,-), denn „alle werden damit in der Hängematte liegen, auch die Ungarn werden nächstes Jahr in Scharen kommen und in Österreich nur abkassieren“. Die Grünen haben kritisiert, dann jedoch dafür gestimmt.

Österreich verdient die Bezeichnung Sozialstaat mit dieser

Mindestsicherung nicht! Einzelpersonen, die das neoliberale System „ausgespuckt“ hat, eigentlich alle, die nur Euro 1000,- verdienen, sind, wenn sie arbeitslos werden, von der Mindestsicherung betroffen.

Verein AMSEL

Verlust an biologischer Vielfalt

Ich finde es sehr erfreulich, dass der Weizer Gemeinderat den Beitritt zum Netzwerk „Vielfalt Leben“ der Weltnaturschutzunion beschlossen hat und ein Konzept zum Schutz der Biodiversität in der Stadt entwickelt wird.

Bis 2010 sollte der weltweite Verlust an biologischer Vielfalt, in erster Linie das Artensterben, deutlich gebremst sein. So lautete ein 2002 vereinbartes Ziel der von 191 Mitgliedstaaten getragenen Biodiversitätskonvention (CBD). Aus dem Ziel ist nichts geworden. Vögel, Amphibien, Korallen, Säugetiere – der Artenschwund ist überall ungebremst.

William Jackson, Direktor der UNO-Weltnaturschutzunion, sagt daher zu Recht: „Gäbe es die gleichen Verluste an den Börsen, hätten wir eine Massenpanik“. Linda Koebner schreibt im „Werk Zoo Book“: „Die Ausrottung von einer oder von 2 oder von 50 Arten hat Auswirkungen, die sich nicht vorhersehen lassen. Ausrottungen bewirken Veränderungen, noch bevor sich die Folgen begreifen lassen.“

Wir alle sollten bemüht sein, die Umwelt zu schonen und zu schützen und die Artenvielfalt zu bewahren.

Ing. Harald Schober, Weiz

Die Wahrheit

Ich bin Leser der Volksstimme und komme zur Meinung, dass die KPÖ derzeit die einzige Partei ist, die die Wahrheit schreibt. Was ich nicht teile, das ist Ihre Meinung zum Koralmtunnel. Ich denke, da geht es nicht nur um die 500 Personen, die derzeit mit dem Bus zwischen Klagenfurt

und Graz befördert werden, da besteht in der Folge auch die Möglichkeit der rollenden Landstraße.

Ich bin mit Ihnen der Meinung, dass es ohne höhere Besteuerung der Reichen nicht gehen wird. Als ersten Schritt könnte ich mir die Gleichstellung aller Arten von Einkommen vorstellen. Einkommen aus Kapitalertrag soll gleich versteuert werden wie Einkommen aus Arbeit. Lebt jemand vom Einkommen aus Kapitalertrag und ist dieser Kapitalertrag niedrig, dann würde auch wenig Steuer anfallen. Leute wie Karlheinz Grasser allerdings würden sehr viel mehr Steuer zahlen.

Die Gleichstellung aller Arten von Einkommen hätte auch den Vorteil, dass man nach dem Motto: „Je höher das Einkommen, umso höher der Steuersatz“, die Steuerkurve so hintrimmen könnte, dass am Ende ein Nulldefizit herauskommt.

Erwin W., Zeutschach

Wir verraten euch nie!

Steirische Volksstimme

Impressum: Medieninhaber: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrengasse 16/3, 8010 Graz. Verlags- und Herstellungsort: Graz.
Tel. 0316 / 877-5102
Fax 0317 / 877-5108
E-Mail: volksstimme@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KP Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

KPÖ
wirkt

prenninger gespräche 2010



A u s s t e l l u n g

Von Judenburg nach Hollywood

KURT NEUMANN

(1902 - 1984)

Redakteur - Schauspieler - Drehbuchautor

Landhaus Feuerlöscher

Prenning 58, 8121 Deutsch-Wagram

Tel. 0 664 - 411 26 68

www.prenningergespraeche.at

Eröffnung: Samstag, 10. Juli 2010, 17 Uhr

Dauer der Ausstellung: 11. Juli bis 30. Dezember 2010

Kurator: Heinz Trenczak

BERATUNG
speziell zu den Themen
*Singles,
Trennung/Verlust/
Trauer bzw.
Selbsterfahrung.*

Andrea Ofner
Dipl. Lebensberaterin,
Tel. 0699 19 111 580

E-Mail: beratung@andrea-ofner.at
www.andrea-ofner.at

**Die EU
kommt
uns zu
teuer!**



TIERECKE

Beim Landestier-
schutzverein warten
neue Haustiere auf

oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...
Folgenden Tiere vermittelt das Tierheim des Landes-
tierschutzvereins, Grabenstr. 113, Graz, Tel. (0316) 68 42 12.



Gargamel ist ein sechs
Monate alte Hamster, er
hat ein etwas aufbrausen-
des Naturell, im allgemen-
nen ist er aber freundlich.



Joey ist eine Spitz Misch-
lingsdame, geb. Nov. 09
sehr lebhaft und braucht
viel Beschäftigung.



Bobo ist ein Husky-Schä-
fer-Mischling, Rüde (geb.
2005). Hat wegen Schei-
dung sein Zuhause verlo-
ren. Sehr lebhaft, braucht
unbedingt einen Garten.



Wicky ist eine Misch-
lingsdame, ursprünglich
zugelaufen, daher ist ihr
genaues Alter unbekannt.
Eine sehr nette Hündin.



Damon ist ein Labrador-
Mischling ca. 10 Jahre alt.
Musste ins Tierheim weil
seine Besitzerin an MS
erkrankt ist.



Sultan, ein Schäfermisch-
lings-Rüde (ca. 8 Jahre)
hat sein Zuhause durch
Scheidung verloren. Für
eine Wohnung zu groß!

**OPEN AIR
2010**

SommerFEST

Kulinarische Sensation: Die
**intergalaktischen
Starköche**
aus Ansfelden

Unterhaltung mit der beliebten Kapelle: „Glanzgraben-Trio“

BANDS: Christian Masser spielt **Mississippi Blues**
Hugo Olave und Rudi
spielen und singen lateinamerikanische Lieder

Joe Diepold singt
über das Leben, das Universum und den ganzen Rest!

Samstag, 7. August 2010
ab 14.00 Uhr

Franz Bair Heim der KPÖ, Feldgasse 8

Eintritt frei!

Jugend
EVENT-
CENTER
feldgasse

kapfenberg / bruck

in Stadt

Land

Landesrat KJO

www.kpoe-kapfenberg.at

©-mail: kapfenberg@kpoe-steiermark.at

Gedruckt bei Bürotechnik, Kohlhuber/Kapfenberg Althaus

Liste 3 wirkt

KLEINANZEIGEN

Kurt Mazlum, sucht leichtere
Arbeiten. Er ist nach
einem Unfall zu 50% be-
hindert, kann nicht schwer
heben und muss die Sonne
meiden. Tel. 0664/99 03
926.

Leichtlaufrollstuhl € 130.-
Rollator € 35.- Tel. 0664
3992175

4 Mann Zelt € 40.- Edel-
weiß Schlafsack neu € 40.-
Campinggaz Kochplatte
mit Grillaufsatz Gas aus
Edelstahl neuwertig € 50.-
Tel. 0664 399 2175.

Wintec Westernsattel neu-
wertig € 180.- Tel. 0650
6541500.

Tupperware Gurkerl-Lift
neuwertig € 12.-

Peugeot 106 Diesel, Bj. 97
50 PS fahrbereit aber ohne
Pickerl € 300.- Tel. 0660
461 5877.

Suche günstigen alten VW
Campingbus bis Bj. 1979
Tel. 0664 399 2175.

Suche Tunnelbusvorzelt,
Tel. 0664 399 2175.



BIBLIOTHEK

Katalog der Bibliothek
des KPÖ-Bildungsvereins:
[http://bildungsverein.kpoe-
steiermark.at/bibliothek.
phtml](http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at/bibliothek.phtml) oder unter
<http://www.bibliotheken.at/>

AMSEL-
Für Arbeitslose

Möglichkeit für Menschen
ohne Arbeit, sich mit ihres-
gleichen auszutauschen

0681 / 102 703 42

AMSEL-Hotline für
arbeitslose Menschen
in Bedrängnis!

<http://www.amsel-org.info>

Alles Wichtige im Land gehört in öffentliche Hand

Wasser
Energie
Verkehr
Pflege
Bildung
Gesundheit



KPO wirkt

Liste 3

Claudia Klimt-Weithaler



VOLKShausFEST 2010 – GRAZ

VOLKSHAUSFEST AM 11. SEPTEMBER

Musik, Genuss und gute Stimmung

Sosama, „So sind wir“, eine chorgewaltige Stimme der Frauen in Graz



Binder & Krieglstein spielen ebenso Super-Musik wie Mašina und viele andere beim Volkshausfest.



IGINO!RANCIA

Das traditionelle Volkshausfest am 11. September ab 15 Uhr im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a steht wieder für Super-Unterhaltung für die ganze Familie. Lassen Sie sich das nicht entgehen!

Das die Ferienzeit zu Ende geht, ist in Graz kein Grund zur Trauer. Denn am letzten Wochenende der Schulferien – am Samstag, 11. September – steht das traditionelle Volkshausfest am Programm. Ab 15 Uhr geht es im Volkshaus, Lagergasse 98a, rund. Es gibt wie immer großartige Musik: Diesmal spielen das „Peter Rom Trio“, „Mašina“, die „Full Supa Band“, das „Orchestrar Dr. Gruja & Friends“, „Binder & Krieglstein“, „Sosoma“ und das „Vesna Petkovic Trio“.

Dazu gibts Speis und Trank, dein **Kinderprogramm** und die traditionelle **Tombola** mit Elke und Ernest. Dabeisein ist Pflicht!

11. Sept: Komm zum Volkshausfest!

